

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei vom Postamt vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Auslandsendung mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 1,85 Mark pro März. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892.)  
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Zu den Wahl-Exzellenzen.

Im neuen Reichstag werden ohne Zweifel sehr bald Wahlumulte zur Sprache kommen. Bezüglich des Gegenstandes müssen wir von der gegnerischen Seite, nämlich der Konservativen, nationalliberalen und offiziellen Presse, das Neueste an Böswilligkeit und Gemeinheit erwarten, und es ist gut, wenn wir unser Theil beitragen, bei Zeiten Licht über die Sache zu verbreiten. Wenn wir einen Begriff davon bekommen wollen, wie die feindliche Presse an Lügen und Entstellungen zu Werke geht, so brauchen wir uns nur in's Gedächtnis zu rufen, was im Jahr 1878 geschehen ist. Damals schickte die „wohlgesinnte“ Presse die Aufgabe gestellt, die Attentäter Hödel und Nobiling an die Sozialdemokratie zu hängen. Zwar war und ist allgemein bekannt, daß Hödel bei den Christlichen, Nobiling bei den Nationalliberalen seine politische Laufbahn beschloß; es sind auch hundert und tauendmal die authentischen Beweise dafür erbracht worden. Die liberalen und fortschrittlichen Presse ignoriert, und die Behauptung, die Attentäter seien Sozialdemokraten gewesen, wurden unaufhörlich mit solcher Sicherheit wiederholt, daß die wohlgesinnten Herren Schriftsteller schließlich wohl selbst daran glauben konnten. Die liberale und fortschrittliche Presse hatte nicht den Muth, sich gegen den Strom wüster Verleumdung zu wenden; sie handelte nach dem alten Strohgebirg: „Denn Sanct Florian, verschön' mein Haus, hind' an!“ Das „Berliner Tageblatt“ übertrug sogar die Verleumdungen, was geschäfftige Heherei betraf, denn das Blatt schwimmt immer gern mit dem Strom. Man weiß es, daß heute noch die Verleumdung, Hödel und Nobiling seien Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewesen, besteht und gelegentlich auch wieder zum Vorschein kommt. Bei den letzten Wahlen sind denn auch wieder Attentäter wieder mehrfach gegen die Sozialdemokratie ausgespielt worden, die weder mit Attentätern etwas zu thun hat.

orts das Gleiche thun und überall den Kartellbrüdern auf die Finger sehen wird, so wird man finden, daß die Herren Kartellbrüder an den meisten Orten bei der Wahlbewegung mit derselben Brutalität und Flegelhaftigkeit aufgetreten sind, mit der sie sich nachher über den Ausfall der Wahlen ergingen. Man weiß, wie die Kartellpresse sich erdreistete, in ihrer Wuth über die Wahlen dem deutschen Volke die größlichsten Beschimpfungen in's Angesicht zu schleudern, demselben Volke, das vor drei Jahren von derselben Presse so sehr belobt wurde, als es sich von ihr mit dem Kriegsschwindel irreführen ließ. Und diese Presse will auch noch den Patriotismus in Erbpacht genommen haben.

Während der Wahlbewegung wurde die Verleumdung auch infoseren systematisch betrieben, als man die Sozialdemokratie darstellte, als ob sie in Exzessen und Tumulten ihren Lauf erblickt habe. Man hatte an den übrigen Verleumdungen noch nicht genug. Die geringste Unordnung, die vorkam, wurde sofort den Sozialdemokraten zugewälzt und wurde als „Exzess“ oder als „Tumult“ in die Welt hinaus geschrieben, wo möglich noch telegraphirt. Daß Versammlungsstörungen vorkamen, ist richtig. Allein sie waren fast alle unschuldiger Art und sie kommen bei einer Wahlbewegung immer und bei allen Parteien vor. Es ist leicht nachzuweisen, daß die Kartellbrüder an sehr vielen Orten während der Wahlbewegung die gegnerischen Versammlungen gesprengt und gestört haben. Den Arbeitern hatte man an unzähligen Orten die Säle abgetrieben, so daß sie keine eigenen Versammlungen abhalten konnten, weshalb sie in den Wahlversammlungen der Gegner erschienen. Wo ernstere Zusammenkünfte vorkamen, ist die Menge durch die gehässigen Reden der Kartellbrüder provoziert worden, und man wird erst nachweisen müssen, ob die an solchen Konflikten beteiligten Personen auch wirkliche Sozialdemokraten gewesen sind, wenn man gegen die Partei als solche neue Anschuldigungen erheben will.

Nirgends aber in ganz Deutschland ist ein Fall gemeldet worden, in dem Sozialdemokraten wehrlose politische Gegner, denen sie der Zahl nach überlegen waren, thätlich mißhandelt haben. Von solchen Rohheiten haben sich die sozialdemokratischen Arbeiter überall völlig freigehalten, wiewohl sie von den Kartellbrüdern nicht nur geschädigt, sondern auch beschimpft worden sind. Solche Rohheiten sind einzig und allein von Anhängern der Kartellparteien verübt worden und zwar ging man in der Art vor, daß man den Bauern die Sozialdemokraten als Diebe und Räuber darstellte und in Flugblättern direkt die biedersten

Landbewohner aufforderte, von ihren Fäusten gegen die sozialdemokratischen Zeitungsvertheiler Gebrauch zu machen. Die Bauern, dem Inhalt der kartellbrüderlichen Flugblätter blinden Glauben schenkend und in dem Wahn, es handle sich um ihren Besitz, kamen an manchen Orten der Aufforderung nur zu pünktlich nach. Sie ließen es nicht bei den Fäusten bewenden, sondern hantirten auch mit allerlei ländlichen Waffen und gingen bekanntlich in Blumberg so weit, daß sie sogar einen an der Wahlbewegung gewiß unschuldigen Kremsler demolirten. Aus mehreren Orten wurde nun schon gemeldet, daß sozialdemokratische Zeitungsvertheiler meuchlerisch überfallen, halb zu Tode geprügelt und lebensgefährlich verwundet worden sind. Wenn man sich Mühe giebt, so wird man wohl erfahren, daß auch an anderen Orten Dinge vorgekommen sind, wie im Umkreis von Berlin; der aus dem Wahlkreis Ottendorf-Neuhaus gemeldete Vorfall beweist dies. Die Kartellblätter verichweigen sorgfältig alle diese Vorgänge und haben die Stirn, immer noch durch Aufbauschung und Erfindung angeblicher Wahlerzesse gegen die Sozialisten zu hetzen.

Wir werden indessen in nächster Zeit mehrfache Gerichtsverhandlungen sich abspielen sehen; die Opfer kartellbrüderlicher Rohheit werden dabei zum Vorschein kommen, und es wird sich zeigen, wer bei der Wahlbewegung Exzesse hervorgerufen, gefördert und begangen hat.

Wir können diesen Dingen mit ruhigem Gemüth entgegensehen; für die Herren Kartellbrüder wird eine neue Blamage daraus erwachsen.

## Korrespondenzen.

London, den 8. März. Die Wahl in Nord St. Pancras hat mit dem Sieg des Gladstonianers Tolton geendet. Bei einer Wahlbetheiligung von 82 Prozent der eingeschriebenen Wähler schlug er seinen konservativen Gegner mit einer Majorität von 108 Stimmen. Ein unionistisch-liberaler Kandidat, der, man weiß nicht recht zu welchem Zweck, auf eigenes Risiko sich gleichfalls hatte aufstellen lassen, brachte es nur zu der lächerlichen Zahl von 29 Stimmen. Allerdings nahm kein Mensch die Kandidatur des Herrn Leighton ernst, aber selbst eine weniger komische Persönlichkeit würde vermuthlich dasselbe Schicksal gehabt haben. Nicht nur das englische Wahlsystem, sondern auch vor allen Dingen die Wahltradition sind der Aufstellung von Zwischenkandidaten im höchsten Grade ungünstig. Die Stimme, die auf einen solchen entfällt, ist, da die relative Mehrheit zur Wahl genügt, so gut wie wertlos, und je mehr das Parlament zu sagen hat, um so weniger ist die Wählerenschaft geneigt, ihren Einfluss auf die Entscheidung der Frage, wer regieren soll, zu verschärfen. Aus der stärkeren Wahlbetheiligung geht hervor, wie heiß

## Feuilleton.

### Der Mord auf dem Balle.

Aus dem Leben einer Kreisstadt.  
Von J. S. Panow.

Die Sachverständigen erklärten, daß der Brief mit so heller Handschrift geschrieben sei, daß es schwer halte, zu entscheiden, wer ihn geschrieben habe — eine Frau oder ein Mann.  
 Die Damen, welche ihre Kleider zu Masurina zum Umhängen geschickt hatten, bestätigten vollständig die Worte der Sachverständigen. Sie hatten ihnen wirklich den zusammen gefalteten Brief gezeigt. Sie hatten ihn nicht gelesen, da sie ihn nicht als ihr Eigenthum erkannten.  
 Dem gehörte schließlich der Brief? Wer hatte ihn in der Tasche vergessen? Er war in einem Ballkleid vergessen worden; wollte ihn folglich nicht Jemand während des Tanzes in das Schlafzimmer des Fräuleins Anslanow bringen?  
 Ich begann diesem Briefe besondere Wichtigkeit beizulegen, obwohl er unaufgeklärt blieb: wie kam es, daß er auf so unvorsichtige Weise in der Tasche vergessen worden war?  
 Nach drei Tagen erhielt ich die Mittheilungen der Petersburger Polizei über das Diadem. Ich entnahm daraus folgendes:  
 Die Polizei hatte alle Juweliere von dem Raub in Kenntnis gesetzt und sie verpflichtet, wenn ihnen jemand

Brillanten zum Verkauf brächte, sofort Anzeige zu erstatten. Gleichzeitig wurden die Leihhäuser beauftragt. Lange Zeit blieben die Nachforschungen der Polizei erfolglos. Da wurde, um Verkäufer anzulocken, auf Anordnung der Polizei in den „Petersburger Polizeinachrichten“ eine Anzeige veröffentlicht, daß Jemand einige Brillanten zu kaufen wünsche und den Verkäufer bitte, sich direkt an ihn, P.-Straße 18, Wohnung Nr. 4, zu wenden. Nach einigen Tagen fand sich bei dem Käufer, der Niemand anderer als ein Polizeiamt war, ein Jude ein, vier der Brillanten als Muster brachte, indem er angab, im Bedarfsfalle noch einige ähnliche Steine liefern zu können. Während sie über den Preis verhandelten und die Qualität der Waare untersuchten, erschienen Polizisten. Der Jude wurde verhaftet. Bei Durchsichtung seiner Wohnung wurden noch fünf und zwanzig solcher Steine gefunden. Der Juwelier Fabergé, der geholt wurde, erkannte sie sofort als die aus seinem Magazin verkauften und erklärte, daß er sechs und dreißig solche Steine einem gewissen Petrowski verkauft habe, was er auch aus seinen Büchern nachwies. Er erklärte nun noch, daß er sie zu einem silbernen Diadem verarbeitet verkauft habe. Der Jude gab sich für den Warschauer Kaufmannsohn Chaim Aron aus, den Inhaber eines Leihgeschäftes in Moskau, wo nach seiner Angabe die Einfassung zurückgeblieben war, aus der er die Brillanten herausgenommen hatte. Auf die Frage, wo er sie erworben habe, erwiderte er, daß sie von einem ihm unbekanntem Mann für eine bedeutende Summe verpfändet wurden. Wer dieser Mann war — wußte er nicht.  
 Das ist alles, was in der Mittheilung von Bedeutung war.

Es vergingen zwei Tage. Ich saß zu Hause in meinem Zimmer und vernahm plötzlich in meinem Empfangs-

zimmer das Geräusch von auf den Boden aufgestoßenen Gewehrkolben.

Ich öffnete die Thür und erblickte zwei Mann Eskorte. Zwischen ihnen stand ein großer, stämmiger, stattlicher Mann mit orientalischem Typus.

Das war Aron.

V.

### Die verwundete Hand.

Es vergingen keine fünf Minuten, bis der Arrestant auch schon vor meinem Schreibtisch zum Verhör stand.  
 — Wer sind Sie und wie heißen Sie?  
 — Ich bin der Warschauer Kaufmannsohn Chaim Fajwelowitsch Aron, erwiderte er schlichtern.  
 — Wo, wann und von wem wurden Sie verhaftet?  
 — Man verhaftete mich in Petersburg in der Wohnung eines Herrn, dem ich vier Brillanten zum Kauf anbot. Jetzt sind es schon sieben Tage, seit ich bewacht werde. Arretirt haben mich irgend welche Polizeibeamte.  
 — Weshalb wurden Sie arretirt?  
 — Das kann ich mir nicht erklären. Man sagte mir, daß die Brillanten, die ich verkaufte, gestohlen seien; man führte mich in das Hotel Riga, wo ich abgestiegen war, und nahm aus meinem Koffer noch fünf und zwanzig Brillanten, die mir gehören.  
 — Wo ist Ihr ständiger Wohnsitz? Womit beschäftigen Sie sich?  
 — Ich lebe ständlg in Moskau, auf der Watwarla, Hans Nykow, wo ich schon sieben Jahre eine Geldleihanstalt gegen Pfänder halte. Dort lebt auch meine ganze Familie, welche bis heute nicht weiß, was mit mir geschehen ist und wohin ich gerathen bin. Bis zu meiner Ankunft in

Der Kampf zwischen den beiden rivalisierenden Parteien geführt wurde. In der That sehen die Konservativen Himmel und Hölle in Bewegung, den Wahlkreis für ihre Partei, und damit ihre Kräfte überhaupt zu retten. Ihr Kandidat, Graham, hat ziemlich viel Einfluss im Wahlkreis und galt auch sonst als ein guter Stimmengewinn; wenn er trotzdem in einem Wahlkreis unterlag, zu dem verschiedene Willen Viertel gehören, so ist dies vor allem dem Umstande zuzuschreiben, daß die Arbeiterschaft fast wie ein Mann für den Liberalen stimmte. Und das ist, angesichts der weitgehenden Konfessionen, die Herr Bolton in Bezug auf die gezielte Durchführung des achtstündigen Arbeitstages machte, von großer Bedeutung.

Ich habe, glaube ich, in meinem früheren Briefe schon erwähnt, daß Herr Bolton von einer Deputation der „Labour Electoral Association“ (Arbeiter-Wahlverein) über seine Stellung zur Achtstündigen Interpellation befragt worden war, und daß diese Deputation auf Grund seiner Antwort eine Erklärung zu seinen Gunsten abgab. Ich weiß nun wirklich nicht genau, wie stark an Mitgliedern der genannte Verein, bin aber sicher sehr freigebig, wenn ich ihm für ganz London zwei Duzend Mitglieder zuspreche, von denen möglicherweise auch eines in Nord St. Pancras wohnt, so daß es an sich höchst gleichgültig sein könnte, für wen der Verein sich erklärte. Wenn trotzdem die Liberalen so viel Werth darauf legen und in ihren Versammlungen immer wieder darauf zurückkommen, daß diese „einflussreiche Organisation“ sich für ihren Mann erklärt habe, so ist das ein weiterer Beweis dafür, welche Bedeutung das Arbeitervotum bereits erlangt hat, und in welcher Richtung dasselbe sich Geltung verschafft.

„Die Arbeiter bildeten unsere Hauptkräfte“, schrieb der radikale „Star“ am Tage nach der Wahl. „Viele von ihnen opfereten einen ganzen, andere einen halben Tag, um für Bolton thätig zu sein, und sie schafften bis zur letzten Minute gleich Trojanern.“ „Es war ein Stück Anschauungsunterricht über die Zunahme des politischen Bewusstseins unter den Arbeitern, zu sehen, wie eine städtische vierstündige Compagnie der Tories vorfuhr und nur ein willensbewohnender Wähler ausstieg, während gleich darauf ein von einem stämmigen Arbeiter getriebener Höferräderwagen drei Wähler vor dem Lokal absetzte.“ Um einer nicht verständlichen Auffassung des Schlüssels vorzubeugen, sei daran erinnert, daß hier viel mehr als auf dem Festland Sitte ist, die Wähler vor dem Lokal zu holen. Es hatten z. B. die Liberalen etwa 180, die Konservativen vielleicht bis zu 200 Führer zur Verfügung, und die Letzteren fast ausschließlich elegante Equipagen. Eine ganze Reihe konservativer und unheimlicher Lords, voran Lord Salisbury, hatten ihre Wagen geschickt. Ebenso hatten auch die Liberalen von ihren reicheren Parteigenossen Aufsehen zu für den Wahltag erhalten, aber neben denselben mußten sie auch eine ganze Reihe von Söldnern und Arbeitsführern in Anspruch nehmen. Während es nun dem Philister schwerfällt, in dem eleganten Wagen legend eines großen Herrn zum Wahllokal gefahren zu werden, verschleht bei den Arbeitern dieses Zugmittel seine Wirkung.

Zweifelhaft bleibt natürlich, inwiefern die Empfehlung der „Labour Electoral Association“ auf das Votum der Arbeiter von Einfluß war; ganz hat es desselben sicher nicht entbehrt, zumal die Namen der Delegierten derselben — W. Parnell und N. Cunningham Graham in der Arbeiterwelt einen guten Klang haben. Auch der durch die Doderbergschule bekannt gewordene Tom Mann trat in einer Arbeiterversammlung für die Unterstützung der Kandidatur Boltons ein.

Cunningham Graham hat sich durch das Schicksal seines Antrages zur Adressdebatte durchaus nicht abschrecken lassen, sondern vor einigen Tagen den Minister von Neuem über die Haltung der Regierung zur Arbeiterschuh-Konferenz interpelliert. Die Rede lautete der Bescheid weniger abweisend, sondern der Minister versprach, das Programm der Konferenz dem Hause vorzulegen, sobald es der Regierung offiziell mitgeteilt worden sei. Außerdem hat Cunningham Graham folgenden Antrag angebracht:

„Die Kommission für Eisenbahnen und Pferdebahnen anzuweisen, in alle diese betreffenden Gesetzesvorlagen eine Klausel einzufügen, wonach die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag beschränkt wird, jedoch die Einrichtung von achtstündigen Arbeitsschichten nicht auszuschließen.“

Natürlich wird der Antrag das Schicksal des früheren Theiles, ob aber Herr Bradlaugh noch einmal den Versuch in sich verspricht, als Sprachrohr der unbefangenen Freiheit des Ausgebühten Verfalls aller Vertreter der Privilegien des Geldtums einzubringen, ist nach der Aufnahme seiner neuen Rede außerhalb des Parlaments einigermaßen zu bezweifeln. Die Erklärungen der Bergarbeiter-Deputation gegenüber Herrn Gladstone, daß die Ansicht, den Achtstündigen für alle Bergarbeiter durch das Mittel der Organisation bezw. des Streiks zu erlangen, geradezu hoffnungslos sei, und daß dieser Weg mit so vielen Opfern auf beiden Seiten verknüpft sei, daß der Vorteil eventuell dadurch aufgehoben würde, hat seinen Eindruck nicht verfehlt.

Uebrigens hat die Opposition des Herrn Bradlaugh die gute Wirkung gehabt, die Agitation für die Mai-Demonstration auch denjenigen ans Herz zu legen, die ihr bisher läßt gegenüber gestanden. Im Großen und Ganzen ist noch nicht allzuviel für

dieselbe geschehen, doch sind wenigstens einige Erfolge zu verzeichnen. So haben sich kürzlich zwei radikale Klubs von Hammersmith (Wiltshire) nach Vorträgen von Frau Mary Keeling für die Resolutionen des Pariser Kongresses erklärt und wollen dieselben auch im Verband der radikalen Vereine dieses Distrikts zur Annahme bringen. In diesen radikalen Klubs überwiegt das Element der besser bezahlten, der „soliden“ Arbeiter, ihre Zustimmung ist also nicht zu unterschätzen. Sehr rühren sich für die Demonstration die unerschrockenen Gasarbeiter. Ihr Vorstand hat im Verein mit dem Vorstand der „Hammersmith Socialist Society“ am nächsten Sonntag, den 16. März, eine Delegiertenkonferenz aller Arbeitervereine Londons einberufen, auf der die weiteren Schritte für die Demonstration berathen werden sollen. Als ein gutes Zeichen für den Ernst, mit dem die Agitation von verschiedenen Vereinen schon jetzt in die Hand genommen wird, kann die Thatsache gelten, daß ein bekannter Fabrikant in East-End erklärt hat, so viel Bestellungen zum 1. Mai erhalten zu haben, daß er vorläufig keine weiteren annehmen könne. Die Fabrik spielt nämlich hier bei Aufträgen z. e. eine sehr große Rolle, jeder Arbeiterverein strebt danach, mit einer solchen aufmarschieren zu können.

Morgen soll im Hyde-Park ein großes Protestmeeting gegen die schändlichen Grausamkeiten der russischen Regierung in Sibirien abgehalten werden. Dasselbe ist veranlaßt von der sozialdemokratischen Föderation. Selbstverständlich ist ihm der beste Erfolg zu wünschen, doch kann ich die Befürchtung nicht unterdrücken, daß der Besuch nicht so zahlreich werden wird, als er bei besserer Vorbereitung sicher sein würde. Die Sache ist etwas über Hals und Kopf arrangiert worden, und das pflegt sich bei solchen Gelegenheiten oft zu rächen.

Folgendes ist der Wortlaut der Resolution, die dem Meeting zur Annahme unterbreitet werden wird:

„Das heutige Meeting britischer Arbeiter protestirt auf das Entschiedenste gegen die Durchpeitschung von Frauen und die brutale Behandlung politischer Gefangener in Sibirien als im Widerspruch stehend mit den von allen zivilisierten Nationen anerkannten Grundsätzen der Menschlichkeit. Es fordert die englische Regierung auf, unsere Gesandten in St. Petersburg anzuweisen, die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf die in deren Namen an politischen Verbannten verübten Barbareien, insbesondere die zu Tode Peitschung der Frau Sigida, zu lenken.“

M a c h s r i f t. Sonntag, den 9. März. Ich komme soden vom Meeting, das, unter Berücksichtigung des vorerwähnten Umstandes, als sehr gut besucht bezeichnet werden kann. (Das von uns bereits veröffentlichte Telegramm des „W. T. W.“ über den Verlauf des Meetings hat also gefunten. Red.) Es möge im Ganzen gut sechs- bis achtausend Menschen anwesend gewesen sein. Von den englischen Rednern erntete John Burns den größten Beifall. Alles erlöste nach Platz 4, als seine mächtige Stimme von dort ertönte. Auch die sehr laute Ansprache des Russen Stepanoff verdient besondere Erwähnung.

### Politische Uebersicht.

Die definitiven Zahlen der bei der Hauptwahl am 20. Februar für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen werden nunmehr vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Wir bringen die Zusammenstellung an der Spitze der Beilage. Es geht aus ihr hervor, daß die Ende Februar vorläufig mitgetheilten Stimmenzahlen die Sozialdemokratie um nicht weniger als 85 763 Stimmen zu kurz kommen ließen. Der Fehler mag dadurch entstanden sein, daß die Ergebnisse der Wahl aus den ländlichen Bezirken erst später genau festgestellt worden sind.

In den entlegenen Winkeln und Ecken des Landes, in Bezirken, welche im unbestrittenen Besitze der Konservativen zu sein schienen, in Gegenden, in welche kein sozialdemokratisches Blatt bringt, sind demnach von Knechten und Tagelöhnern, von Kojäten und Bauern sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben worden. Das ländliche Proletariat hat zum ersten Mal in bemerkenswerther Zahl sozialdemokratisch gestimmt.

Diese Thatsache und dazu der kolossale Stimmenzuwachs in den Städten — die Sozialdemokratie hat sich in drei Jahren nahezu verdoppelt, — sind der beispiellose Erfolg, den je eine unter Ausnahmegesehen wirkende Partei erzielt hat.

Die Sozialdemokratie ist jetzt die relativ stärkste Partei des Deutschen Reiches. Sie marschirt in Zunahme und Größe ihrer Stimmenzahl an der Spitze aller übrigen Parteien.

Deutscher Chauvinismus. In der Debatte der französischen Kammer über die Beschickung der internationalen Arbeiterkonferenz sagte ein boulangistischer Abgeordneter, Frankreich könne nicht in eine Herabsetzung der Arbeitszeit

für Bergarbeiter willigen, weil diese im Falle kriegerischer Verwicklungen dem Lande Verlegenheiten bereiten würden. Das wird von unserer Chauvinistenpresse als ein Beweis kriegerischer Stimmung Frankreichs bezeichnet. Unsere Chauvinisten scheinen vergessen zu haben, daß sie selbst keine Bewegung der deutschen Bergarbeiter sei vom Ausland herbeigeführt worden, in der Absicht, Deutschland für den Fall eines Krieges widerstandsfähig zu machen.

Ganz so blödsinnig sprach der französische Chauvinist nicht. Und doch ziehen unsere Chauvinisten aus seinen Aeußerungen den Schluß, „Frankreich“ sei kriegerisch, während ihre eigenen Aeußerungen selbstverständlich nur die friedliche Stimmung „Deutschlands“ beweisen sollen.

Beiläufig ist nichts Komischer, als das patriotische und entrüstungsvolle Erstimmen unserer Chauvinisten darüber, daß die ausländischen Gegner der Bismarckschen Politik das Wahlergebnis als eine Niederlage des Fürsten Bismarck bezeichnen. Haben denn unsere Chauvinisten nicht tausendmal erklärt, die Parteien, welche die Majorität haben, seien die Feinde des Deutschen Reiches und des Fürsten Bismarck, welcher mit dem Deutschen Reich identifiziert sei?

Und was das Wahlergebnis etwa nicht eine Niederlage des Fürsten Bismarck und seiner Politik? Nur Komödie spielen!

Ueber die kaiserlichen Erlasse und die demokratische bringt die „Kreuz-Zeitung“ folgende Erläuterung:

„Die Führer der deutschen Sozialdemokratie hatten bisher unterlassen, in klarer und bündiger Weise die Erlasse darzulegen, welche sie als Partei den Erlässen des Reiches gegenüber einzunehmen gedenken. Nur aus dem Anlaß kamen einige Nachrichten über Urtheile, welche aus dem Reiches wohnende Sozialdemokraten über die Erlasse abgegeben, doch konnten wir diese nicht als die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der wichtigen Angelegenheit ansehen. Wir glaubten vielmehr, daß sich die Partei selbst noch nicht schlüssig darüber geäußert habe, welche Stellung sie der vom Kaiser inaugurierten Sozialpolitik gegenüber beibehalten solle. Diese unsere Meinung wird nun völlig gestützt durch Meldungen, die uns heute einer wohl gänzlich unrichtigen Quelle stammen. Unser Gewährsmann, welcher dieser Tage einen neuen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einer mittleren Stadt persönlich über diese Angelegenheit einmündete, als Ergebnis dieser Unterredung etwa folgendes mittheilte:

Der bezeichnete Abgeordnete erklärte sich gern bereit, die Frage aufzuheben zu geben. Unser Gewährsmann ist ihm, ob die Anhänger seiner Partei und er selbst der Durchführung des kaiserlichen Reformprogrammes Widerstand leisten oder dieselbe unterstützen würden. Der Herr Abgeordnete, daß, wenn nach den in den Erlässen ausgesprochenen Sätzen die Sozialreform auch im Reichstage in Angriff genommen werde, die Sozialdemokraten sich diese Erlasse zuwenden würden. Der Fall, daß sie, wie beim Krankenversicherungsgesetz, der Altersversicherung, dieselben als „ungenügend“ beurtheilten, sei nach Maßgabe der gegenwärtigen Verhältnisse innerhalb der Partei kaum als möglich anzunehmen. Dings vermisste man in dem kaiserlichen Programm eine stärkere Betonung eines Maximal-Arbeitstages; die sozialdemokratische Fraktion werde nicht verfehlen, etwaige Zusatzanträge diesen angebliebenen Mangel auszufüllen. Wenn aber die Majorität des Reichstages diese Zusatzanträge verwerfen sollte, so werde man sich vor der Hand von den übrigen Konfessionen begnügen. In sofern sei die Sozialdemokratie bereit, das Vorgehen des Kaisers zu billigen.“

Hieran schloß unser Gewährsmann die Frage, ob die Führer der Sozialdemokratie, wenn die Krone in einem nachdrücklichen Weise für die Besserstellung der arbeitenden Klassen eintrete, und die Sozialdemokraten selbst diesen Bitten ihre volle Anerkennung gäben, auch von ihrer antimonarchischen Agitation ablassen würden. Der Gefragte antwortete, daß über diese Frage habe während der letzten Wochen innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein lebhafter, sowohl in materieller, wie schriftlicher Meinungen ausgetauscht stattgefunden. Ein Theil derjenigen Parteien, welche sich an dieser Diskussion betheiligten, habe es als völlig unmöglich bezeichnet, daß zwischen der monarchie und der Sozialdemokratie ein Kompromiß geschlossen werde, um durch dasselbe sozialdemokratische Forderungen monarchischer Regierungsjorn durchzuführen. Diese Ansicht stehen geblieben, daß die Sozialdemokratie in innersten Grundsätzen gemäss jede der heute in Deutschland bestehenden Regierungsgewalten als eine ihr

Moskau handelte ich in Warschau, in den Njady, mit allerlei Waaren, früher habe ich im Ausland gehandelt. — Wie viel solcher Brillanten besaßen Sie? — Im ganzen fünfundsiebzig. — Ihnen wurden zuerst vier, dann fünfundsiebzig abgenommen. Wo sind die übrigen? Es fehlen noch sechs Stück. — Die anderen habe ich in Moskau an Juweliere und Privatleute verkauft. — Zu welchem Preise haben Sie verkauft? — Für 900 und 700 Rubel das Stück. — Können Sie nachweisen, wem Sie sie verkauft haben? — Das geht aus meinen Geschäftsbüchern hervor. Wenn diese Brillanten wirklich jemandem gestohlen sind, hätte die Polizei besser gethan, wenn sie eine Warnung veröffentlichte, daß man sie nicht kaufen solle, anstatt unschuldigen Leuten Schaden zu stellen. — Erzählen Sie, wie und von wem Sie die Brillanten erworben haben! Die Warnung der Polizei, von der Sie sprechen, hätte vor allem die Diebe gewarnt, und die Diamanten wären jetzt nicht zur Stelle. — Am 22. November dieses Jahres, begann Kron, kam zu mir in mein Kontore ein junger Mann, der mir ein Diadem mit Brillanten zum Kauf anbot. Ich verlangte es zu sehen. Darauf schlug er mir vor, mit ihm in das Hotel „Mir“ zu fahren, wo sich nach seiner Angabe der kostbare Gegenstand befinden sollte. — Wer war dieser Mann? — Das weiß ich nicht. — Beschreiben Sie sein Aeußeres! — Dessen erinnere ich mich nicht mehr. Ich weiß bloß, daß es ein junger Mann war, groß, hübsch, mit einem kleinen Bart. — Nur das wissen Sie von ihm? Fahren Sie in Ihrer Erzählung fort. — Ich hatte überflüssiges Geld. Ich wollte den günstigen Kauf mir nicht entgehen lassen und folgte daher sofort dem jungen Mann. Im Hotel angekommen, führte er mich zum Zimmer Nr. 15, zog den Schlüssel

aus der Tasche, öffnete die Thür, und wir traten ein. Hinter mir verschloß er die Thür. Dann holte er aus einem Koffer ein Diadem und zeigte es mir. Wir waren bald handelseinig; ich entschloß mich zum Kauf des Diadems. — Für wieviel? — Diese Frage beantwortete Kron ungern. — Ja, wie soll ich Ihnen sagen, für wieviel! In dem Diadem fehlte ein Stein... wozu taugte das Ding? Wo sollte man einen genau gleichen Stein suchen? Viel konnte ich dafür nicht geben. — Doch wofür haben Sie das Diadem gekauft? — Für 300 Rubel. — Jeden Stein? — Nein, das ganze Diadem... — Und darauf haben Sie das Geld gegeben? — Nein, der junge Mann sagte, daß er es sich überlegen wolle... — Wieviel verlangte er von Ihnen für das Diadem? — Er verlangte gar nichts, sondern wollte bloß, daß ich ihm mein Gebot nenne. Er sagte mir, wenn er sich überlegt und sich entschlossen haben werde, das Diadem zu verkaufen, so werde er es am folgenden Tage entweder selbst zu mir bringen, oder es durch einen Bekannten schicken. Am folgenden Tage ersah ich bei mir ein Austräger mit dem Diadem. Ich betrachtete und prüfte alle Steine, ob sie nicht ausgetauscht seien: sie erwiesen sich als echt. Der Austräger erhielt von mir das Geld und ging. — Und Ihnen erschien es nicht seltsam, daß einem Austräger ein solcher Gegenstand anvertraut werden konnte und daß das Diadem fast umsonst hingegeben wurde? — Was ist daran Seltsames? Das ist Geschäftssache. Ich dachte, daß der Verkäufer alles verzeht oder verzeihen würde und daß er, nicht im Stande, sofort das nöthige Geld zu erhalten, sich entschlossen habe, die Brillanten billig zu verkaufen. — Sind Sie später diesem jungen Mann begegnet? — Nein. Zwei Tage nach Bezahlung des Geldes kam der Austräger zu mir zurück und fragte mich, ob ich nicht den Namen des Mannes kenne, der mir die Brillanten ver-

kauft hatte. Ich sagte, daß ich ihn nicht kenne. Der Austräger erzählte mir, daß er nach der Rückkehr in das Hotel „Mir“ den Mann, der ihn zu mir gesandt hatte, nicht mehr angetroffen habe. Darauf ging er fort, und habe von beiden nichts weiter gehört und bin ihnen nie begegnet. — Die Nummer des Austrägers? — Deren entsinne ich mich nicht, aber er gab mir eine Quittung über das empfangene Geld. Diese Quittung in meinem Kontor verwahrt. In ihr ist wahrscheinlich die Nummer seines Blechschildes angegeben. — Wo ist die Einfassung des Diadems? — In meinem Kontor. — Weshalb fuhren Sie nach Petersburg? — Um die Brillanten dortigen Juwelieren zu verkaufen, da ich sie in Moskau nicht vortheilhaft loswerden konnte, nur im Ganzen vier verkaufen konnte. — Haben Sie das Diadem irgend jemandem gezeigt? — Nein. Die Steine habe ich aus der Einfassung herausgenommen, weil ich annahm, daß ich sie einzeln verkaufen werde. Als ich zu Beginn dieses Monats in Petersburg war, sah ich keine Käufer mehr finden, fuhr ich nach Petersburg... um die Brillanten den dortigen Juwelieren vorzusetzen. Ich stieg im Hotel „Niga“ ab, und noch am Tage nachher ließ ich bei der Durchsicht der „Polizeinachtblätter“ eine Anzeige „Ankauf von Brillanten“, und begab mich nach der angegebenen Adresse. Das Weitere wissen Sie, bitte ich Sie, mich zu entlassen, da durch meine lange Gefangenschaft mein Geschäft zu Grunde gehen würde. Wenn die Brillanten wirklich gestohlen sind, so bin ich keineswegs schuld und kann dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden. — Gemach! Sie sind sehr hitzig!... Am 20. dieses laufenden Jahres wurde in unserer Stadt eine Helene Diadimitowna aus Moskau ermordet; der Mörder ist ein Diadem von ihrem Haupte; dieses Diadem hat sich bei Ihnen, und Sie wollen, daß wir Sie entlassen. Sie einem Verhör unterzogen zu haben? — Ja, wieso bin ich an alledem schuld? Ich habe

Macht betrachten müsse. Dagegen aber habe ein anderer nicht unwesentlicher Theil der Parteiführer seine Meinung dahin geäußert, daß für die Sozialdemokratie die Durchführung sozialer und umfassender Reformen auf sozialem Gebiete die Hauptsache sei, und wenn eine Regierung hierzu die Hand biete, so müsse diese auch grundsätzlich von der Sozialdemokratie unterstützt werden, gleichviel, welche Form diese Regierung zeige! — Diese Erörterungen, bei welchen der in Frage stehende Abgeordnete den ersten Standpunkt vertreten habe, seien „augenblicklich beigelegt“, ohne daß sich jedoch der Abgeordnete darüber äußern wollte, zu wessen Gunsten diese Frage entschieden sei.

Wir selbst möchten diese Bezeichnung „beigelegt“ in „verschoben“ umändern, da doch unzulässig eine derartige grundlegende Frage innerhalb weniger Wochen auf einem so privaten Wege endgiltig erledigt werden konnte. Wir glauben vielmehr, daß man für den Augenblick diese Erörterungen für unzeitgemäß gehalten hat und lieber erst die Reichstagsverhandlungen abwarten will. Jedenfalls aber erscheint uns das Missverständnis, wonach die kaiserlichen Erlasse sofort diese Diskussionen im Schoße der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen haben, als äußerst werthvoll. Weitere Schritte auf den voranschreitlichen Fortgang dieser Meinungsverschiedenheit wollen wir vorerst nicht ziehen.

Wir bestreiten auf das Bestimmteste, daß das von der „Kreuztg.“ mitgetheilte Interieur überhaupt stattgefunden hat. Zwischen sozialdemokratischen Abgeordneten und Versammlungsmännern der „Kreuztg.“ besteht keine Verbindung. Unter allen Umständen ist die hauptsächlichste Mittheilung des Interieurs

„hätte über die Frage, ob die Sozialdemokraten auch von ihrer antimonarchischen Agitation ablassen würden, während der letzten Wochen innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein lebhafter, sowohl mündlicher, wie schriftlicher Meinungsaustausch stattgefunden.“

von Anfang bis Ende erfunden. Damit erledigen sich alle Schlussfolgerungen der „Kreuztg.“

**Friedrich Engels über die gegenwärtige Lage.** In einer Betrachtung, die Friedrich Engels in der englischen Zeitschrift „Mach. Rev.“ veröffentlicht, sagt er: „Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter haben soeben einen Triumph erfochten, wie ihre zähe Stäubigkeit, ihre eiserne Disziplin, ihr heiterer Humor im Kampf, ihre Unermüdllichkeit ihn nicht anders verdient haben, und der Welt in Ehrennamen verdient hat. Mit der Unwiderstehlichkeit eines Naturgesetzes ist der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen bei jeder Neuwahl vor sich gegangen; Bergewaltigung, Willkür, alles prallte wirkungslos ab — vorwärts und immer rascher vorwärts bewegte sich die stets anschwellende Angriffskolonie, bis sie jetzt daselbst, die zweitstärkste Partei im Reich. Und da sollten die deutschen Arbeiter sich ihr eigenes Spiel verderben, indem sie sich zu einem ausichtslosen Putsch verleiten ließen, einzig und allein, um ihre Feinde aus der Noth zu erretten? In dem Augenblicke, wo ihre eigene, über alles Lob erhabene Tapferkeit unterstützt wird durch das Zusammenwirken aller äußeren Umstände, wo die ganze gesellschaftliche und politische Lage, wo sogar über ihre Feinde für die Sozialdemokraten arbeiten müssen, als würden sie von ihr bezagt — in dem Augenblicke sollte die Disziplin, die Selbstbeherrschung versagen, und wir selbst uns in das vorgehaltene Schwert stürzen? Nimmermehr. Dazu hat das Sozialistengesetz unsere Arbeiter zu gut eingetücht.“ — Darum Haupt hoch, die Sehnen gespannt und — ruhig Blut!

**Die neue Militärvorlage** soll der „Post“ zufolge die Forderung einer Veranbarung der Feldartillerie um 74 Batterien bringen. Die Vorlage ist bald zu erwarten. Die Begründung besteht in dem bekannten Hinweis auf Frankreich und Preußen, die ihre Artillerie auch verstärkt hätten. Wann werden diese Ueberbietungen ein Ende nehmen?

**Ueber einen neuen deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag** (der bisherige Vertrag läuft im Juli d. J. ab) sieht nach Meldung verschiedener Blätter die Eröffnung der Unterhandlungen von Seiten der deutschen Regierung bevor. Graf Herbert Bismarck hatte bekanntlich auf eine Rede des Abg. Dr. Daumbach am 26. November v. J. im Reichstage erklärt, daß wir durchaus keine Abneigung haben, einen Niederlassungsvertrag mit der Schweiz einzuzuschließen oder mit der Regierung der Schweiz darüber in Verhandlung zu treten.“ Er fügte aber gleichzeitig hinzu, in Betrachtung würden wir uns auch mit der Schweiz ohne einen Niederlassungsvertrag einrichten, die Verhältnisse

würden sich dann von selber reguliren. Nach der obigen Mittheilung scheint aber nunmehr gerade Deutschland die Initiative zum Abschluß eines neuen Vertrages ergriffen zu haben.

**Dem Centrum** gewinnt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mit jedem Tage bessere Seiten ab. Jetzt hat sie angefangen einer kürzlich erschienenen Reichstags-Wahlkarte herauszufinden, daß die Centrumspartei in ihrer Grundauffassung gleich den Deutschkonservativen die Autorität vertritt. Die große Mehrheit der Wähler habe, wie die Karte veranschaulicht, denjenigen Parteien, welche das Autoritätsprinzip vertreten, den Deutschkonservativen und dem Centrum, ihre Vertretung anvertraut. — Das Centrum wird augenscheinlich immer mehr regierungsfähig. Es jagt sich nur, ob seine partikularistischen, preußenfeindlichen Elemente mitmachen wollen.

**Zur Kanizerkrisis.** Es gehen neuerlich allerlei Mittheilungen über die Kanizerkrisis durch die Blätter, von denen wir der Vollständigkeit halber Kenntnis nehmen, mit dem Bemerkens, daß der Ursprung dieser Auslassungen abermals offiziös ist oder als offiziös gelten soll. Ingleich erzählt ein gleichlautender Brief der „Schles. Btg.“ und der „Rhein-Westf. Btg.“, daß Fürst Bismarck seine Absicht, gänzlich aus dem Reichs- und Staatsdienste auszuscheiden, noch nicht aufgegeben habe. Sodann bringt die „Wiener Montags-Revue“, welche ihre Erleuchtung unmittelbar aus dem österreichisch-ungarischen Ministerium des Auswärtigen zu beziehen pflegt und daher als hochoffiziös gilt, die ihr „auf außerordentlichem Wege“ zugegangene Nachricht, daß die Reichskanzlerkrisis in Deutschland in ein Stadium getreten sei, in welchem sie nunmehr durch den gänzlichen Rücktritt des Fürsten Bismarck in naher Zeit ihre Lösung finden könne.

**Die Gewerbeschiedsgerichte.** Wie jetzt bekannt wird, hat der Bundesrath in dem Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung von Gewerbeschiedsgerichten, eine ganze Reihe von Aenderungen beschlossen, welche zumeist redaktioneller Natur sind. Von Wichtigkeit sind folgende vom Bundesrath beschlossene Bestimmungen:

„Auf Streitigkeiten der in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen und Gruben beschäftigten Arbeiter mit ihren Arbeitgebern finden die Bestimmungen dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß die Errichtung von Gewerbeschiedsgerichten, deren Zuständigkeit auf die vordesignirten Betriebe beschränkt wird, unabhängig von den Voraussetzungen des § 1 Absatz 4 durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde erfolgen kann. Für diese auf Grund der letzteren Bestimmung errichteten Gewerbeschiedsgerichte gelten die nachstehenden besonderen Vorschriften. . . Die Bestimmung des letzten Satzes im Absatz 2 des § 4 findet keine Anwendung. Die Kosten der Gewerbeschiedsgerichte, soweit sie in deren Einmähnen nicht bedingt sind, vom Staate getragen. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden von der Landes-Zentralbehörde oder von der durch diese damit beauftragten Behörde ernannt. Zur Bewirkung der Zustellungen können an Stelle der Gerichtsvollzieher oder Gemeindebeamten andere Beamten verwendet werden. In wie weit den Arbeitgebern im Sinne der §§ 10-12 die mit der Leitung eines Betriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbstständigen Gewerbetreibenden gleichgestellt, wird durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde bestimmt. Die Bestimmung des § 57, Absatz 3, findet, so weit sie sich auf Befehle bezieht, keine Anwendung.“

**Das Schicksal auf das Wahlgeseh** wird in der „Nationaldemokratischen Revue“ folgende. Es sei eine Ungerechtigkeit, daß Baden keine einzigen nationalliberalen Abgeordneten habe, obgleich dort 82000 nationalliberale Stimmen abgegeben worden sind. — Bei den Wahlen von 1887 wurden den Nationalliberalen nach der Gesamtzahl der Stimmen noch nicht 7 Abgeordnete zugewiesen. Damals aber war Baden durch 9 Nationalliberale vertreten. Darüber hat man nicht geklagt. — Wenn irgend eine Ungerechtigkeit Abhilfe erheischt, so wäre es die Eintheilung der Reichs-Wahlkreise. Infolge dieser Eintheilung zählt Berlin bloß 6 Reichstagsabgeordnete, während es nach Verhältnis der Bevölkerung Anspruch auf 13 hätte.

**8000 Hissen Brennwein** sind jüngst auf zwei deutschen Schiffen nach Sambar gekommen. Christliche Zivilisation!

**Im Abgeordnetenhaus** wurde am Dienstag nach Erledigung einiger kleineren Vorlagen die Verabreichung des Etats der Anstaltungskommission zu Ende geführt. Abg. Richter beleuchtete das Verfehlen der Polenzfrage, die zur Verschärfung der Gegenfrage und gerade zur Sammlung des polenfeindlichen Elements beigegeben haben. Der geistigen Ausführung des Abg. von Wittkauer, daß die Freistimmigen die Wahl polnischer Kandidaten un-

terstützten, hielt er entgegen, daß Konservativverfehlte mehrfach Wahlkompromisse mit den Polen abgeschlossen sind. Zugleich hob der freistimmige Redner hervor, daß die Centralleitung der freistimmigen Partei sich auf einstimmigen Beschluß jeder Gemischung in die Stichwahlen enthalten habe. Der konservativ Abg. von Wittkauer erhob darauf die Anschuldigung, daß von Seiten der freistimmigen Centralleitung zur Unterstützung der polnischen Wahlen Geldsendungen in die betreffenden Kreise erfolgt seien, weigerte sich aber trotz Richters Aufforderung, Beweise dafür beizubringen und Namen zu nennen. Die sonstigen Erörterungen bewegten sich nur in Wiederholungen der gestrigen Debatte.

**Zur Bergarbeiter-Bewegung.** Eine Versammlung der sogenannten christlich-sozialen Bergarbeiter unter dem Vorsitz des ehemaligen Streikkomitee-Vorsitzenden Weber fand am Sonnabend Abend in Bochum statt. In derselben sollte gegen den Verbandsvorstand Front gemacht werden. Die Versammlung verlief indessen resultatlos.

**Kindige Staatsanwälte.** Wegen Exprossion ist nach dem „Berl. Tagebl.“ in Lübeck gegen die Arbeiter der Sägmühle Sager u. Klüßmann eine Untersuchung eingeleitet. Dieselben blieben am Wahltage fort. Die Firma schloß darauf ihren Betrieb zwei Tage lang. Die Arbeiter erzwungen durch Streikandrohung die Auszahlung des Lohnes für beide Tage. — Die Klage ist nach der bisherigen Praxis der Gerichte wenigstens ansichtslos. Vielleicht hat das Reichsgericht aber eine neue Auslegung des § 152 der Gewerbeordnung bei der Hand.

**Maßregelung.** Die Firma Gebrüder Laurents in Ortrup fordert durch Anschlag „alle diejenigen, welche sozialdemokratischen Ideen huldigen, und welche trotz der vorstehenden Belehrung bei späteren Wahlen wieder einen Sozialdemokraten ihre Stimme geben wollen, auf, sofort zu kündigen und nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit zu verlassen. Von unserer Seite wird sofortige Entlassung jedes Arbeiters erfolgen, welcher sich später als Sozialdemokrat zeigt, und wir richten an alle gutgesinnten Arbeiter die Bitte, uns in dem Bestreben, unsaubere Elemente von der Fabrik fernzuhalten, getreulich unterstützen zu wollen.“ — Hoffentlich sorgt die edle Firma auch noch dafür, daß ihr kein Sozialdemokrat etwas abkauf.

**In Magdeburg** sind die Kompromißverhandlungen zwischen Freisinn und Kartell gescheitert. Das Kartell lehnte es ab für die Wahl des Herrn Dr. Engel einzutreten.

**In Weiningen** stellen die Sozialdemokraten Reichhaus-Christi als Kandidaten für die Nachwahl auf.

**Aus Thüringen, 11. März,** wird dem „B.Z.“ geschrieben: Auf den sozialistischen Kandidaten zum Reichstage, den Berggolber Herrn Hoffmann, soll in der Nähe von Naumburg gefaßt worden sein; derselbe befand sich in der Gegend, um dort ihm gemeldete Wahlbeeinträchtigungen zu untersuchen. Der Schuß soll aus einer vorbeifahrenden Equipage gefallen sein und Herrn Hoffmann erheblich verletzt haben. Der Fall erregt ungeheures Aufsehen.

**Dem sozialdemokratischen Zentral-Wahlkomitee** ist weiter eine Glückwunschsdepesche aus Horsens in Dänemark zugegangen, welche lautet:

Die hier tagende sozialdemokratische Versammlung beglückwünscht die deutschen Genossen wegen ihres Wahlsieges und spricht denselben ihren Dank aus. Es lebe die internationale Arbeiterbewegung. Marott.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 11. März.** Dem k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau wird aus Pest gemeldet, daß das neue Kabinett unter dem Präsidium des Grafen Szapary, welcher auch zugleich das Portefeuille des Innern übernimmt, gebildet sei; Graf Andreas Bethlen übernehme das Ackerbauministerium, während die übrigen Minister in ihren Ressorts verbleiben.

**Ugaram, 11. März.** In der heutigen Sitzung des kroatischen Landtags verließ die Opposition demonstrativ den Saal wegen einer beleidigenden Aeußerung des Präsidents. Der Präsident erklärte, er habe nichts Beleidigendes geäußert.

### Schweden und Norwegen.

**Christiania, 8. März.** Am 21. Februar brachten 10 Mitglieder der Linken unter Führung des Medikalers Ullmann eine Anekdote folgenden Inhalts im Storting ein: „Das Storting ersucht Ew. Majestät in Unterthänigkeit und auf Grund der Ew. Majestät durch § 26 der Verfassung zugesprochenen Befugniß, mit fremden Mächten Vereinbarungen zu dem Zweck treffen zu wollen, daß eventuelle Streitigkeiten zwischen Norwegen und jenen Mächten durch Schiedsgerichte entschieden werden, und stellt das Storting Ew. Majestät anheim, die erforderlichen Maßnahmen in dieser Hinsicht treffen zu wollen.“ — In den Motiven zu diesem Antrage wurde von den Antragstellern auf den im Juni v. J. von dem Friedenskongress in Paris gefaßten Beschluß verwiesen und die Barbarei, sowie der Hohn des Krieges betont. Das Storting hat nun, der „Bef. Btg.“ zufolge, die Adresse mit 89 gegen 24 Stimmen angenommen; es

meinem ganzen Leben auch im Traum niemanden ermordet, nicht nur im wachen Zustand nicht.  
— Weisen Sie, daß Ihre Worte wahr sind!  
— Sie haben mehr Mittel zur Verfügung als ich, den Mann aufzusuchen, der die Diamanten verkauft hat, und von ihm können Sie volle Gewißheit erlangen.  
— Beschreiben Sie wenigstens genauer die Gesichtszüge der Person, welche die Brillanten verkauft hat.  
— Das kann ich nicht: ich habe ihn nur einmal gesehen.  
— Ihre Aussage ist jedenfalls wenig glaubwürdig. Man verkauft Ihnen für 300 Rubel 80 Brillanten, für deren jeden Sie 750 bis 800 Rubel erhalten. . . und Ihnen erschien es nicht verdächtig, daß man Ihnen ein ganzes Verdingen umsonst hingab?  
— Der junge Mann, der mir die Brillanten anbot, sagte mir, daß er sich in großer Geldverlegenheit befinde, und das habe ich ausgenützt.  
— Der Radträger kam vom Verkäufer zu Ihnen zurück und meldete, daß er ihn nicht gefunden habe. Sie fanden auch darin nichts Seltsames? Warum haben Sie davon der Polizei nicht Anzeige gemacht?  
— Das ist nicht meine Sache. Ich habe nicht gestohlen, ich habe gekauft.  
— Sie mußten aber wissen, daß man nur eine gestohlene Sache so billig kaufen konnte.  
— Wieso? Das ist Geschäftsfrage. . .  
— Sie haben die Zeitungen gelesen, in denen der Mord und der Raub des Diabens ausführlich geschildert war, und als Sie das Diabem in Händen hielten, kam Ihnen nicht der Gedanke, daß dieses Diabem durch einen Mord erworben und von dem Mörder selbst verkauft sei? In den Zeitungen war auch die Zahl der Brillanten angegeben! Instanow machte in allen Zeitungen bekannt, daß er eine riesige Belohnung dem Finder des Diabens zusichere. . . das alles haben Sie gelesen, und nach alledem bleiben Sie dabei, daß das Diabem durch regelrechten Kauf in Ihre Hände gelangt sei?  
— Ich bitte Sie, was haben denn Zeitungsnachrichten

zu bedeuten? Die Zeitungen berichten oft über Begebenheiten, die sich überhaupt nicht ereignet haben.  
— Hören Sie gefälligst auf! Können Sie denn solche Gründe zu Ihrer Rechtfertigung anführen? Wenn Sie das Diabem wirklich unter solchen Umständen gekauft haben, so haben Sie es mit dem Bewußtsein gekauft, daß es gestohlen sei. Wenn Sie daran nicht sofort dachten, mußten Sie unfehlbar infolge der Zeitungsnachrichten auf diesen Gedanken kommen.  
— Verzeihen Sie! Finden Sie nur den jungen Mann, der mir das Diabem verkauft hat. . . er wird Ihnen selbst meine Worte bestätigen.  
— Ich glaube, Sie erwarten am allerwenigsten von allen, daß er dies wirklich bestätigen würde. Auf jeden Fall geben Sie mir aber wenigstens solche Anzeichen an, nach welchen der junge Mann erkannt werden kann.  
— Ich habe alles gesagt, was ich weiß.  
— Kam der junge Mann zu Fuß oder zu Wagen zu Ihnen?  
— Er kam zu Fuß.  
— Wie war er gekleidet?  
— Er trug einen grauen Tuchpalto mit Fuchsfellbesatz und eine weiße Lammfellmütze.  
— Das Zimmer, das er im Hotel inne hatte, war nicht groß?  
— Nein, es war ein theueres Zimmer. Da ich nach dem Zimmer erkannte, daß er nicht arm war, hatte ich keine Veranlassung, zu argwöhnen, daß die Brillanten nicht ihm gehörten.  
— Aber er sagte Ihnen, daß er sich in Geldverlegenheit befinde?  
— Ja, das sagte er, aber er konnte sein Geld durch gebracht haben und sich momentan in Verlegenheit befinden.  
— Sagte er nicht, woher er kam?  
— Ich frug ihn nicht danach.  
— Nehmen Sie an, daß es ein Moskauer war oder nicht?  
— Gewiß nicht. . . erstens darum, weil er im Hotel wohnte, und zweitens, weil er, als er zu Fuß mit mir von meinem Komtoir nach dem Hotel ging, den Weg nicht kannte,

in Straßen einbog, durch die er nicht zu gehen hatte, und ich ihn den Weg weisen mußte.  
— Sie waren nie zuvor in unserer Stadt?  
— Nein.  
— Weiter haben Sie zu Ihrer Aussage nichts hinzuzufügen?  
— Nichts.  
— Bitte, begeben Sie sich in das nächste Zimmer, während ich das Protokoll des Verhörs niederschreibe.  
Aron ging hinaus, gefolgt von der Escorte.  
Ich hatte Aron noch nicht gefragt, ob an dem jungen Mann, der die Brillanten verkauft hatte, nicht Spuren einer Verwundung bemerkbar waren.  
Eine direkte Frage in dieser Beziehung konnte ihm die Mittel geben, darauf ein ganzes Verteidigungssystem zum Nachtheile der Untersuchung des Falles aufzubauen, dessen Einzelheiten ihm jedenfalls aus den Zeitungen bekannt waren. Unvorsichtige Fragen haben schon oft minder verwickelte Fälle verdunkelt.  
Da aber Aron selbst nichts von einem solchen Merkmal erwähnte, das ihm in die Augen fallen mußte, schloß ich auf zweierlei: entweder war seine ganze Erzählung erfunden, oder Kolorins Annahme war falsch.  
Als das Protokoll und der Haftbefehl gegen Aron fertig waren, ließ ich ihn wieder vorführen und versuchte, das Gespräch auf jenes Merkmal zu lenken.  
— Sagen Sie, sprach ich zu ihm, wenn ich Ihnen den Verkäufer des Diabens jetzt zeigen würde, an was würden Sie ihn erkennen, da Sie sein Aussehen sich nicht eingepägt haben?  
— Ich würde ihn wahrscheinlich an seinen Gesichtszügen erkennen; ich könnte ihn an seinen Kleidern erkennen.  
— Seit dem Verkauf des Diabens ist aber viel Zeit verstrichen; die Kleidung kann gewechselt worden sein. Hat sich nicht vielleicht irgend ein charakteristisches Merkmal dieser Person, mit der Sie ein so verdächtiges Abkommen getroffen haben, in Ihrem Gedächtniß erhalten?  
Aron rieb sich die Stirn, als ob er sich auf etwas erinnern wollte.  
(Fortsetzung folgt.)

Stimmen für dieselbe beide Gruppen der Linken und 28 Mitglieder der Rechten. Der Ministerpräsident Stang erklärte, daß er mit dem in der Adresse ausgesprochenen Gedanken sympathisire, der Antrag sei aber zu unpraktisch, um ihn zur Annahme empfehlen zu können. Die Sache ist nämlich die, daß infolge der staatsrechtlichen Verbindung Norwegens mit Schweden Norwegen für sich allein keinen Friedensvertrag mit fremden Ländern abschließen kann. Das einseitige Vorgehen des Storbings ist also zwecklos, falls nicht auch der schwedische Reichstag dasselbe thut.

### Großbritannien.

Im englischen Unterhause nähert sich die Erörterung über den Bericht des Barnell-Ausschusses ihrem Ende. Bleibt auch die Regierung im Hause selbst Siegerin, im Lande entgeht sie der Niederlage schwerlich, wie erst wieder der Ausfall der beiden jüngsten Gesetzwahlen in London und in Stamford erkennen läßt. Ueber die letzten Verhandlungen des Parlaments wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: London, 11. März. Das Unterhaus nahm gestern die Erörterung des Berichts des Barnell-Ausschusses wieder auf, und zwar auf besonderen Antrag Smith's, der infolge der Unterbrechung der Verhandlung am Freitag durch Auszählung des Hauses notwendig geworden war. Sexton ergriff zuerst das Wort zu einer fast dreistündigen höchst leidenschaftlichen Rede gegen Smith's ursprünglichen Antrag. Zum Schluß beschuldigte er Lord Salisbury, den Generalanwalt Webster und andere Mitglieder der Regierung, im heimlichen Einverständnis mit der „Times“ versucht zu haben, durch Befestigung zweideutiger Zeugen falschen Anschuldigungen den Stempel der Scham und Wahrheit aufzudrücken. Sexton verlangte Niederlegung eines Sonderausschusses zur Prüfung der in seinen Händen befindlichen Beweise. Vallour (irischer Obersekretär) verteidigte die Regierung gegen die Anschuldigungen Sexton's und bezeichnete sie als ungerechtfertigte Verleumdung. Sodann erneuerte er seine alten heftigen Angriffe gegen die Parteilisten; sie hätten weder Verbrechen gemißbilligt, noch deren Entdeckung erleichtert. Boylston's und Mondscheiner wären ihre Soldaten, die Apostel des Dynamits und Mordanschuldige ihre Zahlmeister gewesen. Aus Rücksicht gegen die Gefühle der englischen Adhokaten sprachen sie nicht mehr von Los-trennung Irlands vom Reiche; aber der Clan-na-gael halte an dem alten Programm fest. Stürmischer Beifall der Ministeriellen begrüßte diesen scharfen Ausfall gegen die irische Partei, den Harcourt scharf rügte. Harcourt bemerkte, die Erörterung werde jedenfalls das nächste Ereignis haben, dem Lande zu zeigen, daß die Politik der Regierung nur dazu angethan sei, das irische Volk zu erbittern und zu beleidigen, während die Politik der Opposition Großmuth, Verzeihung, Versöhnung und Frieden atme. Nicht drei Richter, sondern die drei Nationen eines einzigen Reiches würden zu entscheiden haben, welche Politik die richtige sei. Als-

dann wird zur Abstimmung geschritten, welche 268 Stimmen für, 339 gegen Gladstone's Antrag ergibt. Der Antrag ist mithin mit einer Mehrheit von 71 Stimmen verworfen.

Ueber das Schlußergebnis der Verhandlung liegt folgendes Telegramm des „W. T. V.“ vor: London, 11. März. Unterhaus. Bei der heute fortgesetzten Debatte über die von der Regierung beantragte Resolution in Betreff der Barnell-Kommission wurde das Amendement Cairne, in welchem die auf gefälschten Briefen beruhenden, gegen Barnell erhobenen Anklagen getadelt werden, mit 321 gegen 259 Stimmen verworfen. Hierauf gelangte die Resolution, in welcher der Richtern für ihr gerechtes und unparteiisches Verfahren Dank ausgesprochen und die Eintragung des Berichtes in das Journal des Hauses angeordnet wird, ohne Abstimmung zur Annahme.

London, 12. März. Der Schriftwechsel zwischen der deutschen und der englischen Regierung in Betreff der Berliner Arbeiterschut-Konferenz ist soeben veröffentlicht worden. Derselbe enthält nur Bekanntes und schließt mit einem Schreiben des Lord Salisbury an den Grafen Hatzfeld vom 6. d. M., in welchem die Einladung zur Konferenz endgültig angenommen und in Aussicht gestellt wird, daß die Namen der britischen Vertreter demnächst mitgeteilt werden würden.

### Frankreich.

Paris, 11. März. Die Kammer wählte heute die Budget-Kommission. Zwei Dritteltheile der Mitglieder sind dem von der Regierung aufgestellten Budget geneigt, insbesondere bezüglich der Einlösung der sechsjährigen Bons; viele Mitglieder sind jedoch mit Bezug auf die Frage einer neuen Anleihe sehr zurückhaltend und wollen vorher untersuchen, ob nicht Herabsetzungen bei den Ausgaben für Heer und Marine möglich sind; dieselben verlangen auch besonders eine höhere Besteuerung des Alkohols.

Paris, 12. März. Die Delegirten zur Berliner Konferenz wählten gestern den Gewerbeinspektor Laporte, den französischen Generalkonsul in Leipzig Jacquot und den Rabinetschef des Senatspräsidenten, Lebou, zu technischen Beiräthen.

### Spanien.

Madrid, 11. März. Senat. Auf eine Anfrage über die gefälschten Obligationen der auswärtigen Schuld erwiderte der Finanzminister, es sei nicht ein einziger falscher Koupon bezahlt worden; er glaube, die gefälschten Stücke seien erst seit Zahlung des letzten Koupous an der Börse aufgetaucht. Zur Uebri-gen würden geeignete Maßregeln ergriffen werden, um das Vertrauen wieder zu festigen und weiteren Fälschungen vorzubeugen.

Madrid, 12. März. Die Regierung hat die Einladung Deutschlands zur Theilnahme an der Arbeiterschut-Konferenz angenommen und wird drei Vertreter nach Berlin entsenden.

### Portugal.

Die Lage in Portugal ist nach wie vor kritisch. Die Regierung sucht ihre Stütze in allerhand Gewaltmaßregeln. So hat sie die bisherige Gemeindebehörde von Lissabon, die ihr nicht genehm war, abgesetzt und eine neue Behörde ernannt. Die Einsetzung dieser ungesetzlich zu Stande gekommenen Behörde ist aber nicht ganz glatt von Statten. Das „W. T. V.“ meldet darüber: Lissabon, 11. März. Die neu ernannte Municipal-Kommission ist heute Vormittag durch einen Vertreter der Regierung in ihr Amt eingeführt worden. Der bisherige Präsident des Municipalkrathes, welcher mit dem Exekutivkomitee entgegen zu sehen und richtete an den Regierungskommissar einen Protest, indem er erklärte, nur der Gewalt zu weichen. Zwei Verlassen des Rathhauses wurden der Präsident und die Mitglieder des Exekutivkomitees vom Volk mit Beifallsbezeugungen empfangen. Im Uebri-gen sind keine Zwischenfälle vorgekommen. Die Umgebung des Rathhauses war von Polizeimannschaften besetzt. Die Regierung hat Anordnungen getroffen, um die öffentliche Ordnung auch weiter aufrecht zu erhalten.

### Afrika.

Ueber neue Kämpfe der Wismanntuppe, welche bereits seit einiger Zeit angeländigt worden sind, wird nunmehr aus englischer Quelle berichtet. Danach marschirte die deutsche Schutztruppe unter Major Wisman am 9. d. M. von Saadon mehrere Stunden landaufwärts nach Vana Heri's befestigtem Lager, welches sie durch einen erfolgreichen Angriff einnahm. Vana Heri entkam ins Gebüsch. Ein deutscher Offizier ist gefallen; ein anderer wurde verwundet, ein dritter erlag den Sonnenstich. Mehrere deutsche und einheimische Soldaten wurden verwundet, während andere eingeborene Truppen der un-träglichen Hitze erlagen. Der Verlust der Araber soll ansehnlich sein. — Soweit die englische Meldung. In dem Kampfe haben nach sicheren Ankündigungen auch Major Sieber und die neu angekommenen deutschen Offiziere theilgenommen. Man hatte demnach anscheinend die Hoffnung gehegt, daß dieser neueste Vorstoß gegen Vana Heri ein entscheidender sein werde. Nach den obigen Meldungen dürften diese Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen.

### Theater.

- Donnerstag, den 13. März.
- Opernhaus. Othello.
- Schauspielhaus. Feurige Kohlen.
- Festung-Theater. Die Ehre.
- Berliner Theater. Galante Könige.
- Deutsches Theater. Der Unterstaatssekretär.
- Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der arme Jonathan.
- Wallner-Theater. Die Nachbarinnen.
- Vorher: König Canibale.
- Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
- Ostend-Theater. Der Fall Clémenceau.
- Residenz-Theater. Marquise.
- Bellegance-Theater. Der Nau-tikus.
- Königstädtisches Theater. Preciosa.
- Central Theater. Ein ideales Haus.
- Adolf Ernst-Theater. Der Goldsucher.
- Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
- Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
- Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Renz.

Karlstraße.  
Heute, Donnerstag, den 13. März 1890,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Im dunklen Erdtheil**  
(Einnahme von Bagamoyo).  
Große equestrische Original-Pantomime, arrang. u. in Szene gef. v. Dir. E. Renz.  
Auftreten d. renommirten Luftkünstlerinnen Geschw. Castagna. Die 4fache Fahrtschule. Grande Quadrille aus der Zeit Friedrich d. Großen, geritten von 8 Damen und 8 Herren, arrang. von Herrn Franz Renz. Das Schulpferd Galgenstrick, geritten v. Frä. Clotilde Hager. Vorführen d. 8 arab. Schimmelhengste (Orig. Dressur) von Hrn. Franz Renz. Auftreten d. vorzügl. Reittänzerinnen u. Reittänzer. Morgen, Vorstellung. Sonnabend: Festvorstellung zum Benefiz für Hrn. Franz Renz und dessen Sohn Oscar.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
E. Renz, Direktor.

### Circus Wulff.

Friedrich Carl-Ufer.  
Gde Karlstraße.  
Donnerstag, d. 13. März, Abds. 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
Auf stetes Verlangen: Moado, das berühmteste Springpferd d. Gegenwart, das zum Schluß seiner Arbeit durch eine Scrupp'sche Kanone springt. Zum ersten Male: Mentor, arab. Rapphengst, in d. hohen Schule geritten v. Frau A. Wulff. Austr. der Geschw. Velling. Hr. Palmer, der beste und eleganteste Jongleur zu Pferde. Vorführung der 10 Teuf. Heugste. Herold, in der hohen Schule ger. v. Dir. Außerdem Austr. sämtl. Spezialität., Künstler sow. Künstlerinnen.

21. Unter den Linden 21.  
Im Hause der Wilhelmshallen neben der Passage.

### Ben-Vorführung

Täglich Ali-egyptischer u. indischer  
7 1/2 Uhr  
Abends. Bey Zauber-künste.  
3, 2 u. 1 M. Billets im Invalidendank.

### Bettfedern und Daunen

rein und staubfrei in jeder Preiskategorie.  
**Fertige Betten**  
großer Stand: Oberb., Unterb., 2 Kissen v. 12 M. an. Fert. Inlett's, Bezüge, Matratzen jeder Art und Polsterbettsstellen empfiehlt billigst das Spezialgeschäft von  
**S. Pollack, Oranienstr. 61,**  
am Moritzplatz. 1541  
Das 20jähr. Bestehen meines Geschäfts bürgt für strengste Reellität.

### Geschäftshaus S. Heine.

Chausseestraße 14.  
Die schönsten  
Kinderkleider u. Mäntel  
für Mädchen jeden Alters, sowie  
Morgenröcke, Unterröcke u.  
Tricottailen  
auch im Einzelverkauf sehr billig!  
Massabestellungen u. Reparaturen  
worden prompt erledigt!  
Chausseestraße 14.  
Geschäftshaus S. Heine.

### Bettfedern

neue, gut gereinigte, von 60 Pf. an. Fertige Betten, bestehend aus: Doppelbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, neue gute Federfüllung von 12 M. an. Vollständiges reines Daunenbett nur 27 M. Fertige Inletts und Bezüge zu Fabrikpreisen.

### Matratzen

Seegrassfüllung, nur 3,75. Indias-faser- und Kossbaarfüllung, spottbillig. Feldbetten 9 M. Große Auswahl von Bettstellen, Kinderbettstellen, Steppdecken von 2,75 an. Mein langjähriges Renommee bürgt für strengste Reellität.

**D. Feibel,**  
Berlin, Chaussee-Strasse 111.  
Telephon-Amt IIIb. 248.

Eine Parthie 1710  
**fehlerhafte**

### Teppiche!

in Stoffgröße à 5, 6, 8 u. 10 M.  
in Salongröße à 12, 15, 20-50 M.  
Werth das Doppelte!  
in Stück  
Gardinen von 22 Mtr.  
à 10, 12, 15-40 Mark.  
500 Muster stets vorräthig.  
Gardinen- u. Teppichfabrik  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstr. 158.  
Mistr. Musterbücher franco.

### Rohtabak

**A. Goldschmidt,**  
Spandauerbrücke 6,  
am hiesigen Plage bekanntlich  
**Größte Auswahl.**  
Garantirt sicher brennende  
Cigaren.  
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1053 Lager.  
**A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6,  
am Gade'schen Markt.

Soeben erschien:

### Die Geschichte der Erde.

Von R. Bommeli.

### Heft 21.

à Heft 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

### Möbel auf Theilzahlung Lothringersstr. 75. Lewent.

### August Herald

Berlin SO. Nr. 5. Reichenbergerstrasse Nr. 5  
zwischen Kottbuscher Thor und Ritterstraße.

### Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.

Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Coulant Zahlungsbedingungen.

**GESCHÄFTSHAUS S. HEINE**  
Die Firma besteht seit 1875.  
Fabrikpreise,  
weil director Bozag und Umgehung des Zwischenhandels. — Mode-Neuheiten f. d. Frühjahrsaison in  
**Kleiderstoffen.**  
Reichhaltige Auswahl, sowohl in billigen Genres für Haus- und Morgenkleider, wie in hochfeinen Qualitäten für Strassen- u. Gesellschafts-toilette.  
Schwarze Cachemires. Anerkant bestes Fabrikat zu bekannt billigen Preisen.  
Schwarze Costüm- u. Trauer-Stoffe. Schwarze Garantie-Seidenstoffe.  
Eigene Werkstatt f. Wäsche-Anstellungen. Herren-, Damen- u. Kinderwäsche.

Den Genossen halte ich meine  
**Wästen-Garderobe**  
bei Bedarf best. empfohlen.  
**Größte Auswahl!**  
Bill. Preise. Vereinen Preisermäßigung.  
**Fr. Panknin,**  
Oranienstrasse 178,  
Adalbertstrasse 93.  
Resterhandlung. Bill. Reste z. Klein. u. groß. Dosen, z. Klein. u. gr. Ans. Sammet, Seide, Plüsch u. alle Besatzstoffe. Zerfalls z. Laifen, a. Wunsch zugeschnitten. Fert. Inaben-Anzüge. **Arrie,** Laufstegpl. 1, Gde Waldemarstraße. [1807]

Soeben erschien  
**Der wahre Jacob**  
Nr. 95.  
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.  
**Gophabezüge-Reste,**  
3 1/2-15 Meter, unterm Kostenpreis  
Fabriklager Zimmerstrasse 36, S. 44

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 61. Donnerstag, den 13. März 1890. 7. Jahrg.

## Vorläufiges Ergebnis

der ersten ordentlichen Wahlen zur 8. Legislaturperiode des Deutschen Reichstages im Jahre 1890, verglichen mit dem definitiven Ergebnis der Wahlen im Jahre 1887.

Bevölkerung am 1. Dezember 1885: 46 855 704.  
Wahlberechtigte Wähler bei der 1890er Wahl: 10 140 796, bei der 1887er Wahl: 9 769 802.

Parteistellung.	Gewählte Kandidaten			Bei den ersten ordentlichen Wahlen abgegebene gültige Stimmen			
	zur 8. Legislaturperiode (1890) bei den ersten Wahlen	in Stichwahlgele.	zur 7. Legislaturperiode definitiv gewählt	zur 8. Legislaturperiode (1890)	zur 7. Legislaturperiode (1887)	im Wahljahr 1890	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	mehr	weniger
Konservativ	54	30	80	809 144	1 147 200	—	248 056
Deutsche Reichspartei (Freikonservativ)	16	21	41	485 959	736 389	—	250 430
Nationalliberal, auch gemäßigt liberal	17	75	99	1 187 069	1 677 979	—	490 910
Freisinnig, auch fortschrittlich liberal	21	62	32	1 167 764	973 104	194 660	—
Sozialdemokraten	90	22	98	1 340 719	1 516 222	—	175 503
Polen	14	5	13	240 773	219 978	26 800	—
Welfen	20	58	11	1427 323	763 128	664 195	—
Antisemiten	2	10	—	147 570	88 818	58 752	—
Unbestimmt	2	9	4	112 675	112 827	—	152
Summe	219	236	397	7 228 702	7 540 093	—	312 296
abgegebene ungültige Stimmen	—	—	—	82 942	20 772	3 170	—

Für 5 Wahlkreise liegen die Angaben noch nicht vor, es daher für diese die 1887er Zahlen eingesetzt.  
In der Beilage (B) ist ersichtlich gemacht, welche Parteien bei den Stichwahlen mit einander konkurrierten.  
Daranter: 1 Elsfässer (Jorn von Sulach Sohn — Elsfässer 7) mit 21 123 Stimmen.  
Daranter: 1 Elsfässer (Dr. Höffel — Elsfässer-Lothringen 11) mit 12 409 Stimmen und Prinz zu Schönau-Carolath (Frankfurt) welcher in die Fraktion der deutschen Reichspartei nicht eintreten will, mit 8783 Stimmen; außerdem 5045 Stimmen, welche in 18 Wahlkreisen auf einen nach seiner eigenen Wahl zwischen Konservativ und Liberal stehenden Kandidaten entfielen.  
Daranter: 2 Elsfässer (Petri — Elsfässer-Lothringen 8, welcher zur 7. Legislaturperiode Hospitant der nationalliberalen Partei war, und Dr. North — Elsfässer-Lothringen 9) mit zusammen 18 749 Stimmen und Gemäßig-Liberaler Köpcke, Antisemiten (1887 als deutschfreisinniger Septennatsanhänger geführt) mit 11 010 Stimmen.  
Von den Stimmen sind 11 407 auf fortschrittlich-liberale Kandidaten gefallen (Benzmann — Arnberg 5, unterlegen mit 3122 Stimmen und Schade — Trier 5, unterlegen mit 3122 Stimmen und Bergfeld — Schaumburg-Lippe in die Stichwahl gekommen mit 11 010 Stimmen).  
Daranter: 1 Elsfässer (Hidel — Elsfässer-Lothringen 2) mit 11 010 Stimmen, außerdem 10 809 Stimmen, welche die von den Sozialdemokraten aufgestellten, aber bei der Wahl unterlegenen Kandidaten waren (Trier 5) und Bachmann (Trier 4 und 6) mit 11 010 Stimmen.  
Von den Stimmen sind: 20 283 auf Liberale ohne nähere Bestimmung der Parteistellung gefallen (Hildebrand — Köstlin 8, welcher in der 1887er Statistik ebenso geführt wurde, und Waldeck und der in die Stichwahl gekommene Papendick-

Bremen); außerdem sind unter den Stimmen 9053 der „nationalen“ bzw. „regierungsfreundlichen Arbeiterpartei“ geführt (Bergmann Pohlmann — Düsseldorf 5, unterlegen mit 9792 und Fabrikbesitzer Rückerath — Köln 8, unterlegen mit 106 Stimmen).

Beilage zu der Uebersicht des Wahlergebnisses von 1890.  
Zahl der bei den Stichwahlen 1890 sich gegenüberstehenden Reichstags-Kandidaten der einzelnen Parteien.

	Konservativ	Deutsche Reichspartei	Nationalliberal	Freisinnig	Centrum	Polen	Sozialdemokraten	Welfen	Antisemiten	Unbestimmt (Liberal)	Summe
Konservativ	—	1 13	2	2 12	—	—	—	—	—	—	30
Deutsche Reichspartei	—	—	1 9	3	2 3	2	1	—	—	—	21
Nationalliberal	1	1	—	24 10	1 21	8	8	1	—	—	75
Freisinnig	18	9	24	—	—	14	—	—	—	—	62
Centrum	2	3	10	—	—	—	—	—	—	—	22
Polen	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—	5
Sozialdemokraten	12	3	21	14	7	—	—	—	—	—	58
Welfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9
Unbestimmt (Liberal)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Summe	30	21	75	62	22	5	58	10	9	1	206

## Der Böttcherstreik in Kassel.

Man schreibt uns:  
Der wenige von den Berliner Arbeitern werden Kenntnis eines langandauernden Streik besitzen, welcher in erster Linie die deutschen Böttcher interessiert, bzw. in Mitleidenschaft zieht, aber doch verdient, in weiteren Kreisen bekannt gemacht zu werden, da derselbe wieder einmal zeigt, welche schweren Folgen sogar eine gute Organisation einem einzigen hartnäckigen Streik gegenüber oftmals hat. Der Streik dauert seit dem 1. November, also bereits volle vierzehn Wochen. Veranlaßt wurde der Streik durch die bündige Ablehnung der Lohnerhöhung und anderer damit verknüpften, vom Haupt der Humanität aus nur zu billigen Forderungen, welche die Böttcher der Fabrik M. W. Bodenheim in Kassel ihren Prinzipal stellten. Dasselbst werden ausschließlich Lager-, Wäpche und Transportgefäße für Brauereien hergestellt; die bedeutende maschinelle Einrichtung für die Anfertigung des Holzes, sowie ein ausgedehntes Absatzgebiet stellen die Arbeiter in die Lage, in der Bierfabrikation fast den Weltmarkt zu beherrschen. Die Forderungen der Böttcher sind folgende: Bei 30 W. Lohn, eine dementsprechende Erhöhung der Tarifhöhe für die Akkordarbeiten, Gangbarkeit der Wege auf und zu den Holzplätzen, ein bequemer und schneller Heranschaffung des Holzes, Übernahme der fertigen Fässer durch einen Fachmann, welcher war damit ein Stellmacher betraut) und schließlich wurde verlangt, ein Raum, in welchem die Arbeiter ihr Brot verzehren könnten, um nicht dasselbe auf der Straße zu müssen, da es den meisten wegen zu weiter Entfernung nicht möglich war. Mittags nach Hause gehen zu können, dem Besitzer der Fabrik wurden diese Forderungen überreicht, worauf bemerkt, daß, falls dieselben nicht bewilligt würden, die Arbeiter nach 14 Tagen die Arbeit niederlegen würden, was sich der Herr Bodenheim zu Unterhandlungen durchaus nicht einließ, am 18. Novbr. v. J. geschah. Der Kontraktbruch war demnächst, aber unsere Kollegen sind doch zu einer Probe bestimmt. Die Arbeit wurde, wie schon erwähnt, am 19. November v. J. niedergelegt. Am 25. desselben Monats schon ein Transport von 25 Böttchern aus Ungarn an, welche ein Reisender der Firma, trotzdem die Streikenden gerade vorförschlich korrespondiert hatten, angeworben hatte und sich sofort herabstellte, unter falschen Vorwänden, die Streikenden, denen der starke Polizeischutz verdächtig erschien, sich trotzdem mit den Streikenden in Verbindung und als solchen diesen den wahren Sachverhalt erfahren hatten, erklärten sofort, nicht anfangen zu wollen, bevor nicht die geforderten Forderungen bewilligt seien; sechs Mann reisten

balb wieder ab, die übrigen wurden von den Streikenden unterzucht und, da sie ohne Mittel waren, aus der Streikliste mit Reisegeld versehen und wieder abgeschoben. Noch verschiedene Male ist es gelungen, von Ungarn Streikbrecher heranzuholen, die unter schlechteren Bedingungen anfangen mußten, als die waren, unter denen die Ausständigen ausliefen. Aber alle von den Hereingekommenen waren zufrieden, wenn sie von den Kasseler Kollegen das Reisegeld bis Wien erhielten und wieder abtaupfen konnten, da sie in Kassel nicht im Stande waren, mit ihrem Verdienste auszukommen. Als die Streikenden Mitte Januar erfahren hatten, daß Herr Bodenheim einen von den Streikbrechern abgesandt habe, damit derselbe noch mehr Leute aus seiner Heimath hole, dampfte sofort ein Kasseler Kollege mittelst Schnellzuges hinter denselben her, und es gelang ihm, in Budapest-Fünfkirchen und Schorofschar die bereits angeworbenen Böttcher wieder zu überreden, nicht zu kommen. Welche Kosten es den streikenden Böttchern verursacht hat, die Ausländer wieder zu beseitigen, kann sich jeder denken, denn es ist immerhin eine Strecke von Kassel bis Wien. Der Fabrikant hat auch anderweitig versucht, Arbeitskräfte heranzuziehen; so sind in ostpreussischen Zeitungen und überall, wo von Organisation noch keine Rede sein kann, unter günstigen Versprechungen Böttcher gesucht worden, allerdings ohne Erfolg, denn während der Zeit dieses Streiks hat der Zentralverein der deutschen Böttcher bewiesen, wie viel eine feste Organisation werth ist. Nahezu an 20 000 W. sind von den Mitgliedern zur Unterstützung zusammengebracht worden, wie hoch der moralische Einfluß zu schätzen ist bei solcher Kampfesweise, wird jeder aufgeklärte Arbeiter einsehen. Rühmend muß noch hervorgehoben werden, daß auch aus dem Auslande Gelder eingegangen sind, so aus Wien, Budapest, Paffelt in Belgien und Stockholm. Da sich deutsche Böttcher zu Streikbrechern nicht verwenden ließen, wandte sich Herr Bodenheim an die Innungsbrüder, welche auch einsehend genug waren und diesen Großkapitalisten in den Innungsverband der Böttcher aufnahmen, um sich von denselben als Handlanger verwenden zu lassen, indem sie bereit waren, für dessen Rechnung und, aus von denselben gelieferten Holz Fässer anzufertigen, womit der Fabrikant die dringendsten Bestellungen deckte. Sehr viele Aufträge konnten jedoch nicht ausgeführt werden, mußten sogar nach Verdrüßungen mit Verlust zurückgegeben werden. Die meisten der Bestellungen der Herren Innungsmeister verschickten jedoch an der Einigkeit der Gefellen, da dieselben sofort, nachdem sie Bind bekamen, die Arbeit verweigerten, trotzdem derartige Bestellungen vorsichtig unter Deckadressen gemacht wurden. Die Arbeitseinstellungen, welche sich deswegen nötig machten, wurden bald zu Gunsten der Gefellen beendet, ohne daß die Arbeiten vollendet worden wären. Ein Ausstand wegen derselben Arbeit ist noch in Mählsheim am Rhein zu verzeichnen; auch dieser wird von den Kollegen siegreich zu Ende

geführt werden. Da sich der Fassfabrikant Bodenheim mit der Lohnkommission auf Unterhandlungen nicht einließ, sondern nur einzelne Böttcher unter günstigen Versprechungen einzustellen versuchte, allerdings ohne Erfolg, wurde von Mitgliedern des Zentralvorstandes in Bremen um eine Unterredung angefragt und von Herrn Bodenheim auch bewilligt; dieselbe verlief aber ohne Erfolg. Es wurde gesagt, daß die Leute viel verdient hätten und zu einem Streik gar keine Ursache hatten, über den Import der ungarischen und slavonischen Kulis befragt, wurde geantwortet, die früheren Leute hätten ordnungsmäßig gekündigt und er, der Fabrikant, habe geglaubt, mit denselben nichts mehr zu thun zu haben und er habe nur seine Interessen vertreten, indem er sich anderweitig Arbeitskräfte zu beschaffen suchte, auch beklagte sich der Herr bitter darüber, daß ihn diese theuren Ausländer immer wieder weggeschickt wurden. Diese — natürlich unumstößliche Ansicht wurde selbstverständlich von dem Organ des Innungsverbandes mit freundschaftlichem Eifer vertreten, und aufgefordert, dem Verbandmitgliede Herrn Bodenheim Arbeitskräfte zuzustellen, aber leider sind diese Wenigen nicht im Stande, eine Firma von solcher Bedeutung zu halten. Den Innungsgehilfen muß es immer überlassen bleiben, das Handwerk so hoch wie nur irgend möglich zu heben, und sich selbst so tief wie sie wollen ins eigne Fleisch zu schneiden — die organisierten Böttchergehilfen sehen ruhig zu und dürfen sich für diesen Fall andere Maßregeln vorbehalten.

## Lokales.

Die Untersuchungsgefängnisse. Man schreibt uns: Das Untersuchungsgefängnis in Moabit beherbergt durchschnittlich 800 Personen, davon 600 männlichen und 200 weiblichen Geschlechts. Daß die ersteren überwiegen, hat wohl hauptsächlich darin seinen Grund, daß der Mann mehr im Erwerbleben steht und daher leichter eine strafbare Handlung zu begehen, die ihn dann nach dem Untersuchungsgefängnis bringt. Die meisten der dortigen Inhaftierten sind mit dem sog. „grünen Wagen“ dorthin befördert worden. Nachdem die Polizei die Verhaftung ausgeführt hat, findet die Einlieferung in Moabit statt. Entweder geschieht eine derartige Verhaftung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft oder eines Kriminalkommissars mittelst sog. vorläufiger Festnahme (Rothzettel) oder es lag ein richterlicher Haftbefehl vor. Wenn der Arrestant im Untersuchungsgefängnis ankommt, so wird er an demselben Tage noch dem Richter vorgeführt, in der Regel einem Amtsrichter. Die Strafprozessordnung schreibt nun vor, daß der Untersuchungsrichter den Verhafteten verhören soll, um ihm Gelegenheit zu geben, sich gegen den auf ihn lastenden Verdacht zu rechtfertigen. Leider kann ein solches Verhör seitens des Richters meistentheils nicht mit der nötigen Gründlichkeit geführt werden, denn dieses währt höchstens 15 Minuten, weil eben an einem Tage ein einziger Richter über 20 Verhaftete zu verhören hat. Es herrscht daher bei den Untersuchungsrichtern der Modus, wenn der Fall nicht gar zu leicht liegt, ohne weiteres die Untersuchungsgefängnisse zu verhängen, und welche große Tragweite eine solche Verfügung hat, davon machen sich wohl die Wenigsten einen Begriff. Allerdings steht ja dem Angeklagten das Recht der Beschwerde zu, aber wenn man bedenkt, wie schwierig es für einen Gefangenen ist, Beschwerde zu erheben, so kann eine solche Rechtswohlthat wohl nur wenig in Betracht kommen.

Nachdem nun die Untersuchungsgefängnisse über den Angeklagten verhängt ist, wird derselbe im Gefängnisse einer Kleinlebensprozessur unterzogen und nachdem dies erfolgt ist, wird ihm seine Zelle angewiesen, sowie die nötige Wäsche übergeben. Letztere ist gezeichnet U. G. M. (Untersuchungs-Gefängnis Moabit). An Stelle seiner Stiefel hat der Untersuchungsgefängnisse bereits, bevor der Richter die Verhaftung bestätigt hat, ein paar Lederpantoffel erhalten. Die Gepflogenheit ist aber wohl ungeschicklich, denn bevor kein richterlicher Haftbefehl vorliegt, kann wohl auch der Arrestant nicht gezwungen werden, Gefangenenpantoffeln anzuziehen.

Letzteres geschieht aber und verdient Rüge. In der Untersuchungsgefängnisse behält der Gefangene seine eigene Kleidung mit Ausnahme der Wäsche, und wie schon erwähnt, der Stiefel.

Wenn sich nun die Zellenthür hinter dem Eintretenden schließt, so muß er für lange Zeit von der Außenwelt Abschied nehmen. Im Untersuchungsgefängnisse herrscht zu weitläufigem größtem Theile die Isolirhaft. Man mag über letztere sagen, was man will, es ist dies das härteste, was einem Menschen auferlegt werden kann. Diese furchtbare, monatelange Einsamkeit ohne jede geistige Anregung ist fast ebenso eine Qual, als die Folter, denn die Untersuchungsgefängnisse gehen lieber, um nur aus der Einsamkeit befreit zu werden und um in ein Strafgefängnis zu kommen, wo bekanntlich gemeinschaftliche Gefangenschaft besteht.

Der Umstand, daß jedem Inhaftierten zur Bekläre jede Woche ein Buch, meist frommen Inhalts, geliefert wird, kann die Gefangenen wohl wenig zerstreuen, denn ein Buch liest man in kurzer Zeit zu Ende.

Die Hausordnung ist folgende: Um 6 Uhr Morgens erschallt eine Glocke, die zum Aufstehen mahnt. Der Gefangene muß sein Lager verlassen, die Bettstelle aufklappen, dann erscheint der Aufseher, giebt einen Eimer Wasser hinein und mit dem in der Zelle befindlichen Scheuerutze ist dann die Zelle zu reinigen. Nachdem dies geschehen, wird ein Eimer hineingeworfen, das man ebenso gut Kaffee als Mehlsuppe nennen kann, was es eigentlich ist, erscheint schwer zu sagen. Inzwischen ist es 1/2 Uhr geworden und nun wird die Zellenthür geöffnet und hinaus geht es zum Gefängnishof, um sich dort 1/2 Stunde zu ergehen. Um 8 Uhr geht es wieder zurück nach der Zelle und nun verläßt der Gefangene diese nicht eher, als am andern Morgen. Um 8 Uhr Abends wird zum Schlafengehen geläutet. Den ganzen Tag also muß der Gefangene in der Zelle zubringen. Warum am Nachmittage nun nicht auch eine Spazierstunde gewährt wird, ist unerfindlich. Eine große Härte liegt auch darin, daß an den Sonn- und Feiertagen überhaupt gar keine

Bewegung in frischer Luft stattfindet. Dies letztere ist kaum möglich, denn anstatt an Freitagen doppelte Erholung eigentlich gewährt werden sollte, wird dem Gefangenen gar keine gewährt. Man bedenke auch, wieviel wirklich Unschuldige sich in Untersuchungshaft befinden, die später freigesprochen werden.

Es muß ja nun zugegeben werden, daß derjenige, der selbst vermögend ist oder für den Angehörige oder Freunde Einzahlung leisten, sich mancherlei Bequemlichkeit verschaffen kann; diese letzteren liegen aber gleichfalls im Belieben des Richters, auch wenn sie mit der Untersuchungssache nichts zu thun haben und auch die Gefängnisordnung nicht stören. Professor Holtendorf beklagt es in sehr richtiger Weise in seinem berühmten Werke „Deutsches Strafrecht“, daß eine besondere Härte darin liegt, daß der Untersuchungsgefängene darin von dem Richter abhängig sein soll, welche Bequemlichkeiten er sich verschaffen will. Warum der Untersuchungsrichter darin ein Wort mitzureden hat, ist unklar.

**Elektrische Straßenbahnen.** Früher als große Publikum nach den wenigen bisher in die Öffentlichkeit gebrachten Andeutungen es erwarten kann, wird in dem Verlehen des Verlehs die gewaltige Umwälzung stattfinden, welche die Elektricität, wie bereits auf anderen Gebieten so jetzt auf dem Gebiete des Verkehrs, bewirken wird. Die Blätter berichten darüber: Aus dem Stadium der Vorbereitungen und Untersuchungen ist die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft heraustrat und es finden nunmehr mit den Berliner Elektricitätswerken direkt auf das Ziel losgehende Verhandlungen statt, welches die Abschaffung der Pferde und die Einführung der Elektricität als bewegendende Kraft im Auge hat. Als erste Linie mit elektrischem Betrieb ist die Tour Friedrichstraße-Kreuzberg in Aussicht genommen und werden die erforderlichen Arbeiten sofort begonnen werden, sobald die Vertreter der Stadt mit dieser Neueinrichtung sich einverstanden erklärt haben. Und das ist die gefährliche Klippe, um welche herum zu kommen erst noch ein Weg gefunden werden muß, dessen Ausfindung aber ebenfalls bereits Gegenstand eifriger Unterhandlungen mit dem Magistrat ist. Mit dem Augenblick nämlich, in welchem die Bahn eine elektrische geworden, wird es auch die Beleuchtung in allen den Straßen, durch welche die Bahn fährt, und bei der Ausdehnung unseres Straßennetzes würden die Straßen zu zählen sein, welche der Gasbeleuchtung noch bedürftig sind. Diese kommt aber deshalb ohne Weiteres in Wegfall, weil die Träger und Verbindungsleitungen, an welchen der Draht der oberirdisch angelegten elektrischen Leitung läuft, zugleich als Laternen benutzt werden können. Dadurch entstehen die schwierigen Fragen, ob die Stadt für die Herstellung der Leitung nichts beizusteuern, sowie später für die Beleuchtung an die Gesellschaft nicht eine Entschädigung zu zahlen habe. Was nun die Einrichtung der Wagen selbst betrifft, so wird nur die Hälfte der Wagen für den elektrischen Betrieb eingerichtet werden, da stets zwei Wagen aneinander gekoppelt fahren können. Neben den Wagen der Dampfstraßenbahn werden außerdem noch ganz große Waggonen mit Decken gebaut werden. Die Einrichtung für den elektrischen Betrieb stellt sich für den einzelnen Wagen auf 1000 Mark, eine geringfügige Summe, wenn man in Erwägung zieht, daß jeder Wagen täglich 3 resp. 6 Pferde benötigt. Da man wohl annehmen darf, daß die Gesellschaft ein Pferd unter 600 Mark Anschaffungswert einstellt, so bleibt der Vortheil eines mechanischen Betriebes auch sekundär ein gewaltiger. Der Motor, welcher die Wagen in Bewegung setzt, ist auf 5 Pferde-Traff berechnet. Er befindet sich direkt unter den Rädern und wirkt unmittelbar auf diese, wobei zu bemerken ist, daß ihre Umdrehungen durch Zahnräder gehemmt werden, weil sonst die Geschwindigkeit — 1000 Umdrehungen in der Minute — eine zu große und also zu gefährliche sein würde.

**Ein interessantes Aktenstück aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts** liegt dem „Anz. f. d. Havell.“ vor, welches lehrreiche Einblicke gewährt in die Verhältnisse der Handwerker zu jener Zeit. Das Aktenstück ist ein „Güldbrief des Amtes der Barbiers in der Chur- und Mark Brandenburg“ und jenseits der Oder und Elbe insbesondere des Amtes der Barbiers in Spandau“ und stammt aus dem Jahre 1786. „In § 1 wird zunächst gefordert, daß derjenige, welcher das Handwerk eines Chirurgen selbstständig ausüben willens sei, seine richtige Schikung durchgemacht und mindestens noch 7 Jahre, servitor, d. h. als Gehilfe bei guter Führung beschäftigt gewesen sein mußte. Ein jeder Chirurgus hatte sich eines Gott wohlgefälligen Meisters und eingetragenen möglichen Lebens zu befleißigen, damit sie, wie es in einem ferneren Paragraphen heißt, jederzeit bey begehenden Fällen tüchtig sein mögen, ihren Pflichten mit ihrer Kunst und Wissenschaft zuträglich, und mit dem Verstande, es sey Tag oder Nacht zu dienen.“ Der schriftliche Verlehn mit andern in oder ausländischen Vorständen der Berufsge nossen war streng verboten; darauf war nach § XIX schwere Strafe gesetzt. Das Korrespondiren des Amtes durfte nur unter Beziehung von obern Behörden, wie z. B. des Magistrats, in notwendigen Fällen geschehen. In dessen Gegenwart mußten auch die eingelaufenen Schreiben geöffnet und die Antwort mit demselben verabredet werden. Die Wittve eines verstorbenen Amtschirurgen behielt das Recht, nach ihres Mannes Tode die Barbierstube mit so viel Gefellen, als ein anderer Chirurgus, zu halten, doch durfte sie keinen Lehrburschen haben. Ganz praktisch erscheint die Vorschrift des § XXII. Danach mußte ein Chirurgus, welcher einen Burschen lehren will, denselben vier Wochen in seine Barbierstube auf die Probe nehmen, damit er dessen Reigungen und Lust zur Profession desto genauer beobachten konnte. Von dem Burschen wurde verlangt, daß er gut zu Schreiben, Lesen und noch nöthigste Latein verstand. Dem Lehrherrn war vorgeschrieben, christlich und vernünftig mit seinem Lehrburschen umzugehen, nicht aber mit unerdienten oder auch übermäßigen Schlägen denselben zuzusetzen, auch die Burschen nicht durch Aufbahrung übermäßiger Haus- und Handarbeit an der tüchtigen Erlernung der Profession zu hindern. Das Versammlungs- und Vereinigungsrecht war damals eine unbekannte Sache. Ein besonderes Verbot desselben findet sich in § XXVI, wo es heißt: „Ein jeder Geselle soll sich eines ehrbaren und frommen Wandels befleißigen, seine obliegenden Dienste allezeit treu und redlich, ohne allen Verdruss und Widerwillen verrichten.“ „Es müssen auch die Gefellen durchaus um keinerley Ursache willen sich weder heimlich noch offenbar zusammen versetzen, um unnütze oder nachtheilige Anschläge abzufassen; der Urheber davon soll von der Obrigkeit nachdrücklich bestraft werden. Jeder Geselle mußte seine Wünsche durch die beiden Abgesellen dem Aemte vortragen lassen. Letztere, die von den Gefellen mit Bewilligung des ganzen Amtes gewählt werden, haben sich bey harter obrigkeitlicher Strafe alles Ausschweifens zu enthalten. Der Aemtswechsel mit andern Gefellen war verboten bei Vermeidung empfindlicher Strafe. Obgleich von einer anderen Gesellschaft ein Brief ein, so mußte derselbe den Aeltesten des Amtes unverändert zugestellt werden. Dieser übergab das Schreiben dem Magistrat, welcher das weitere Verhalten vorschrieb.“ Die Zustände der Künste aus der „guten alten Zeit“ sind in diesen gewerlichen Vorschriften hinreichend gekennzeichnet. Schließlich wollen wir noch eine Anordnung erwähnen, welche gewiß auch völlig nach dem Sinne eines richtigen Künstlers von heute sein würde. Es ist nämlich in § 5 des „Güldbriefes“ gesagt: „Damit auch keiner dem anderen seine Nahrung entziehe, muß derjenige, welcher ein Haus kaufen oder sich einmischen will, sich zuvorbedacht versehen, daß er einem an solchen Ort wohnenden Amtschirurgen nicht zu nahe an der Seite, oder gerade über, sondern wenigstens auf jeder Seite zwölf Häuser abwohne und seine Barbierstube anlege.“ Also das Selbstständigwerden hatte damals für den jungen Handwerker mancherlei Schwierigkeiten.

**Der erste Frühlingsbote** wurde uns gestern in Gestalt eines lebenden Schmetterlings, der in der Steglitzerstraße gefangen wurde, präsentiert. Möge dem Vorwärtigen ein recht langes Leben beschieden sein.

**Die Vochen** treten wieder in Berlin auf und haben Opfer in verschiedenen Stadttheilen gefordert. In der Woche vom 16. bis 22. Februar war durch Vochen ein Todesfall hervorgezogen, ferner wurden in der Woche vom 23. Februar bis zum 1. März drei Vochen-Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar zwei derselben aus der Köpenickstadt, sowie einer aus Moabit; zu derselben Zeit sind zwei Vochenkranken in hiesige Krankenhäuser eingeliefert worden. — Ebenso heftig tritt auch Diphtheritis in einzelnen Stadttheilen auf; von 82 amtlich gemeldeten Fällen in der vergangenen Woche ist der größte Theil der Erkrankungen in der Tempelhofer Vorstadt und im Weddingstadtheil zu suchen. Von Kinderkrankheiten grassiren gegenwärtig die Masern in der Friedrich-, der Schöneberger und Tempelhofer Vorstadt und der jenseitigen Luisenstadt sehr stark, doch ist der Verlauf dieser Krankheit ein recht gutartiger und Todesfälle sind fast gar nicht vorgekommen.

**In der Pfarre Rhode'schen Angelegenheit** liegt vorerit neues thatsächliches Material nicht vor. Dagegen erscheint mittheilenswerth, weil interessant für die Ansichten Rhode's, der bekanntlich auf Antrag der Choritee-Direktion und mit Bewilligung seiner Gattin der Irrenanstalt des Dr. Richter zu Panlow überwiesen wurde, der folgende von ihm selbst (in der genannten Anstalt) verfaßte Lebenslauf:

Im Jahre 1847 wurde ich in Berlin geboren. Meine Ausbildung erhielt ich auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, welches ich im Jahre 1865 mit dem Zeugniß der Reife verließ. Nachdem ich in Berlin und Jena zusammen 7 Semester studirt, wurde ich in Berlin als Hilfsprediger angestellt. Ich war später in der Neumark und in Charlottenburg thätig und zog mich 1879 in das Privatleben zurück. Ich lebte in Potsdam, Berlin und Wilmerdsdorf; in letzterem Orte war ich einige Zeit mit Genehmigung der Behörde als Geistlicher thätig. Seit dem März d. J. habe ich meinen Wohnsitz in Berlin, Jütenstr. 18. — Am 10. November erschien ein Schuhmann in meiner Wohnung und forderte mich auf, ihn zum Polizeilieutenant zu folgen. Natürlich ging ich mit ihm nach dem Polizeibureau. Ich wurde aber dem Lieutenant nicht vorgeführt, sondern sofort von zwei Schulheuten nach der neuen Charitee gebracht. Dort blieb ich bis zum 20. November, an welchem Tage ich dem Herrn Direktor Dr. Richter in Panlow übergeben wurde. Ich vermute, daß die Polizei sich meiner bemächtigt hat, weil ich in der Aufregung Drohungen ausgesprochen habe. Daß ich solche Drohungen gesprochen habe, will ich durchaus nicht in Abrede stellen. Ich behaupte aber, daß es eben nur leere Drohungen gewesen sind, welche niemals zu Thaten geworden wären. Ich bin von Natur etwas neugierig, und ich wurde daher durch weniger bedeutende Sachen in Aufregung versetzt. Allein ich habe niemals als Geisteskranker geredet oder gehandelt, sondern mein Bewußtsein ist immer ungetrübt, meine Gedanken sind immer klar gewesen. Man mag ja sagen, daß ich einigermassen zu entschuldigen sei, weil ich leidenschaftlicher Natur bin; indessen, es steht fest, daß ich verantwortlich bin für Alles, was ich geredet und gethan habe. Habe ich etwas Strafbares bezogen, so möge man mich dem Richter vorführen, damit ich meine Strafe empfangen; aber in einer Anstalt für Geisteskranken gehöre ich deshalb nicht. Daß ich auch im Zustande der Aufregung nicht unzurechnungsfähig war, wird man wohl zugestehen müssen, wenn man bedenkt, daß ich wohl im Stande war zu schweigen und mich zu beherrschen, wenn etwa Jemand bei uns die Glocke zog zu einer Zeit, in welcher ein perantiger Austritt stattfand. Dies habe ich auch in der Charitee den Herren Ärzten zu bedenken gegeben, und einer der Herren gab mir zu, daß dies allerdings ein zu beachtendes Moment sei. Damit hat man mir in der Charitee verschiedene Kleinigkeiten vorgehalten, man hat darauf hingewiesen, daß ich oft die Hände gewaschen und dergl. mehr. Allerdings liebe ich es, mir die Hände zu waschen, wenn ich etwas Gelastetes berührt habe. Bin ich wirklich darum als Geisteskranker zu betrachten? Ich habe schon Aerzte sowohl als auch andere Personen kennen gelernt, welche sich auch die Hände wuschen, wenn sie unreine Dinge angefaßt hatten. Ein Theil von den Kleinigkeiten, welche mir vorgehalten worden sind, beruht auf Wahrheit, ein anderer Theil ist übertrieben, ein anderer Theil endlich ist nachweislich vollständig erfunden. Ueberhaupt ist das Bild, welches man von mir entworfen hat, durchaus verzerrt. Nun, die Herren, welche mich mehrere Wochen lang beobachtet haben, werden hoffentlich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie es mit einem Manne zu thun haben, der sich im Besitze seiner Geisteskräfte befindet.

Rhode ist ein großer, kräftig gebauter Mann mit etwas angestrichen, misstrauischem Blick: seine geistige Krankheit scheint sich auch in seinem vorsichtigen und tastenden Gange auszuprägen. Sehr bemerkenswerth ist der Umstand, daß Rhode nach seiner Verbanung aus der Irrenanstalt überfüllten Privat-Irrenanstalt den Leiter derselben ersuchte, ihn für alle Fälle ein Zimmer bereit zu halten, von welchem er zu jeder beliebigen Zeit Gebrauch machen könne.“ Er wurde am 20. November 1884 von der Direktion der Charitee der Richter'schen Anstalt überwiesen und ist aus der letzteren am 15. Dezember desselben Jahres entlassen worden. Neben den vorher erwähnten krankhaften Eigenschaften litt Rhode, welchen erfahrene Irrenärzte als alten Geisteskranken erkannten, an Wahnvorstellungen.

**Die Oeffnung der Leiche der Predigerin Marie Rhode** hat keinen Anhalt für eine unnatürliche Todesart ergeben. Der Tod ist durch Darmzerreißung herbeigeführt worden.

**Wegen eines abscheulichen Attentates** wurde dem „Berl. Tagebl.“ zufolge vorgehen der Schuhmann M. verhaftet. Derselbe überfiel gegen Abend die etwa zwölfjährige Tochter der Zeitungsaussträgerin S., als dieselbe in dem Hause Kleine Gertraudenstraße 4 Abendblätter abzugeben im Begriffe stand. Auf das Hilfeschrei des Mädchens eilte ein Hausbewohner herbei und packte den frechen Attentäter. Dieser riß sich aber mit Gewalt los und suchte sein Heil in der Flucht. Glücklicherweise wurde der Verlofene auf dem Petriplatze von Passanten aufgehalten und zwei hinzugekommenen Schulheuten übergeben. Auf dem Wege zur Polizeiwache an der Friedrichsgracht versuchte M. nochmals, sich den Händen seiner Verfolger zu entziehen, was ihm aber nicht gelang. Das Kind soll Verletzungen nicht erlitten haben, insofern der ausgetretenen Angst aber erkrankt sein.

**Polizeibericht.** Am 10. d. M. Abends wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Holmannstraße erhängt aufgefunden. Der Selbstmord scheint in einem Anfälle von Schmerz mit begangen zu sein. — Am 11. d. M. Nachmittags wurde auf dem Grundstück Rannysstr. 21 einem 11-jährigen Knaben von einem Hiebhande der Oberarm völlig zerstückt, so daß er nach dem Krankenhausethanien gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages fanden an sechs verschiedenen Stellen kleinere Brände statt.

## Berichts-Beitung.

**Ein trübes Kapitel aus Künstlers Erdenwallen** trug gestern der Schauspieler Rudolf Radoschowski der 91. Abtheilung des Schöffengerichts vor, als er sich wegen Unterschlagung eines Phonographen zu verantworten hatte. Im vorvergangenen Sommer war er von dem früheren Zirkusdirektor Schwandke angenommen worden, um auf einer Kunstreise durch das Königreich Sachsen in den Schulen und sonstigen Versammlungen als „Erklärer“ eines Phonographen zu dienen. Außer dem Erklärer wurde noch ein junger Mann angenommen, der den Titel „Experimentator“ führte. Als die Schulreisen begannen, war es

mit dem bis dahin leidlich gegangenen Geschäft zu Ende und man kam dahin überein, daß Erklärer und Experimentator nunmehr allein reisen sollten, wogegen sie ein Drittel des Reingewinns an den nach Berlin zurückkehrenden Direktor abzuführen hatten. Die beiden jungen Leute wurden vom Unglück verfolgt, die Schulreisen wollten von ihrem Phonographen nichts wissen, es gab nichts zu experimentiren und zu erklären und eben so wenig etwas einzunehmen. Durch Verfall der Akten und der entbehrlichen Akteungsstücke halfen sie sich von Ort zu Ort weiter, die Hoffnung auf ein besseres Geschäft wollte aber nicht in Erfüllung gehen und schließlich trat die Noth in der trübseligen Gestalt an sie heran. Sie mußten wegen mangelnder Mittel eine Noth auf der Bank in dem Wartesaal eines Bahnhofs zubringen und wählten während 24 Stunden nichts als grünen bitteren Salat genossen haben. In Dresden konnten sie nicht länger ertragen, da alle ihre Bitten um Unterstüzung beim Direktor des Unternehmens kein Gehör fanden, so beschloßen sie, den Phonographen zu verkaufen, um mit Hilfe des erlösten Geldes nach Hause reisen zu können. Sie versuchten ihr Heil bei sämmtlichen Optikern, aber keiner wollte das Instrument haben, obgleich es wurden höchstens zwei Mark dafür geboten. Schließlich erbat sie sich der Kastellan beim Dresdener Hauptgericht derhalb Verzeihung, er ließ ihnen zehn Mark auf den Phonographen. Der Direktor Schwandke hat sein Instrument wieder einklösen müssen. Dieser erklärte die gestrigen Termine, daß nicht er das Instrument habe das letzte, sondern sein Leidensgenosse, der „Experimentator“ habe das letzte Experiment des Verlehen mit dem Phonographen gemacht, während er seinen knurrenden Magen durch Krümmungen seiner Promenadenbank zu beruhigen verfußt habe. Zum Glück müsse sein Kollege sich doch nun auch bei der Anklage theiligen. Dem Gerichtshofe leuchtete dies ein und die Sache wurde verlag, um auch den Experimentator zu laden.

**In dem Prozesse gegen Oppenborn und Gen.** wegen Vergehen gegen das Sozialistengesetz wurden die Angeklagten zu Haftstrafen verurtheilt, Oppenborn zu 2 Tagen event. zehn Mark Geldstrafe. Der Mitangeklagte Paul Meyer wurde nicht bloß freigesprochen, sondern auch die auf ihn bezüglichen Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

**Durch die Einlegung eines Rechtsmittels** kann man unter Umständen seine Lage ganz erheblich verändern. Ein gewisser Max W., welcher gestern vor der III. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I stand, ist in dieser Beziehung um eine drückende Erfahrung reicher geworden. Der Angeklagte hatte eines Abends auf der Straße ohne jedwede Veranlassung ein Kind vor ihm wandernden Passanten zwei Faustschläge ins Gesicht versetzt, so daß demselben der Hut vom Kopf flog. Er behauptete, daß er wegen großen Unangenehmens ein Strafmandat erhalten, daß aber noch die Dreifache, auf richtiger Entscheidung zu stehen. Das Schöffengericht hielt aber nach der Vernehmung des Angeklagten, daß hier eine Körperverletzung mittelst hiesiger Artigen Ueberfalls vorliege, erklärte sich deshalb für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer. Die letztere hat nun gestern den Angeklagten wegen dieses Vergehens zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt und daran ein Monat auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

**Elberfeld, 12. März.** Das hiesige Landgericht hat den Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses gegen den wegen Mordes verurtheilten Jieten abgelehnt.

**Wadowitz, 12. März.** In dem Prozeß gegen die wanderungsagenten ist heute das Urtheil gefällt worden, welches wegen Verurtheilung: Löwenberg und Landerer zu je 4 1/2 Jahren, Herz zu 4, Klausner und Neumann zu je 3, Sabger, Vorderer, Schöner zu je 2, Iwanicki und Wasserberg zu je 1 1/2 und Grottel und Einhorn zu 1 Jahr schweren Kerker; die übrigen für Schulden und Erlannten zu 1 Woche bis 6 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hat gegen diese Strafmessung sofort die Berufung eingelegt.

## Soziale Ueberblick.

**Achtung Forme!** In der Gießerei von J. Weeren, Dorf, Dellbrückstr. 87, hat ein Ausschlag der Forme von Gießarbeitern stattgefunden. Zugig ist strengstens fern gehalten.

**Aus Hannover** geht uns folgender Aufruf an alle Arbeiter Deutschlands zu:

Wir sind Euch schon durch die Zeitungen bekannt geworden, liegen die Arbeiter der hiesigen Schneiderbranche, die der Firma Dette und Heise, schon seit 14 Tagen in unangenehmer Nichtbewilligung ihrer Forderungen. Ferner hatten wir 14 Arbeiter, 14 an der Zahl und besonders auch die großen Firmen ihren Arbeitern gelündigt, um dadurch die Arbeiter der Firma Dette und Heise zu zwingen, daß die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen und zwar unter den angebotenen Bedingungen. Der Kampf ist daher ohne unsern Willen in acht Tage früher uns aufgedrungen und am Sonnabend, den 8. März 1880 die Kündigung abgelassen gewesen. Wir sind große Anzahl Arbeiter, meistens Familienväter, haben daher Arbeit eingestellt. Wir appelliren nun an jeden wohlwollenden Freund der Arbeitssache, uns in diesem Kampfe unterstüzt zu wollen, damit wir unsern Herrn Arbeitgebern die Selbstbestimmtheit der Arbeiterbewegung beweisen können. Das ist ein Ding, das wir uns alle Schneider, den Zug nach Hannover strengstens fernzuhalten. Ferner ist uns in einer Besprechung mitgeteilt worden, daß eine hiesige Konfektions-Firma in Lin und Stettin Verträge abgeschlossen haben soll, um einige dort anständige Meister bei einer kontractlichen Selbstbestimmtheit der Arbeiter zu importiren haben. Die betreffende Firma habe sich in Berlin an einen Meister verpflichtet, wenn dieser importirenden Arbeiter nicht bis zum 15. März hier arbeiten könnten, müßte die betreffende Firma eine Zahlung von 2000 M. leisten. Wenn umgekehrt der betreffende Meister bis zum 15. März die Zeit die Arbeiter nicht liefert, muß er eine Summe von 2000 M. zahlen. Nun, wir wollen nicht unterfragen, was an der Sache ist. Immerhin übergeben wir es der Delegation, wenn solche Art und Weise, die so recht an den Handel erinnert, sind ja fast bei allen Lohnforderungen sich nicht täuschen zu lassen, denn die Verhältnisse sind in solchen Geschäften derartig, daß in der That Abhilfe gefunden werden muß. Wenn noch in Betracht gezogen wird, daß diese Art von Geschäften ihre Existenz nur den Arbeitern danken haben, weil nur Arbeiter in diesen Geschäften ihren Lohn entnehmen. Wir ersuchen daher, überall, wo sich irgendwo Agenten einfinden sollten, doch nicht zu vergessen, in solchen Differenzen wir uns binden, und warnen bis holländisch einmal vor Täuschung. Mit kollegialischem Gruß Das Komitee der streikenden Schneider Hannover. — Alle arbeitssuchenden Arbeiter werden um Abdruck gebeten. Alle Anfragen und Beschlüsse sind zu senden an Herrn Timm, Schneider, im Dorf, verkehr der Schneider Deutschlands; Geldsendungen an Specht endendelsfeld oder Gartenstr. 29.

**Hannover, 11. März.** Die Niemendrehergesellen von bren haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen, nachdem sich auswärtige Arbeitskräfte sehr zahlreich hatten.

**Hannover, 12. März.** In vorgestern und gestern abgehaltenen Versammlungen streikender Niemendrehergesellen wurde beschloßen, vorläufig an dem Ausstand festzuhalten.

# Versammlungen.

In einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung des Vereins der Kaputtierer, welche am 4. d. M. bei Herrn Jakobstraße 75, tagte, hielt Herr Stadtv. Frh. Jubel den Vortrag über: „Die gewerblichen Schiedsgerichte“. Herr Jubel führte scharf die vom Oberpräsidenten beinhaltenen Parolen, die wir in unserem Blatte bereits mehrfach erläutert haben. Es wurde in der Diskussion der Vorstand des Fachvereins, einen energischen Protest an die Stadtordnungsverwaltung zu richten. Derselbe Protest ist von uns bereits veröffentlicht worden. Bei „Vereinsangelegenheiten“ sprach sich Herr Hartig dahin aus, daß alle Kollegen des Fachvereins recht zu dem Ostervergügen, welches am ersten Osterfesttag in Dresden, Dresdenstr. 96, stattfinden, anzufragen seien, da die großen Mühseligkeiten ordentlich angestrichen werden können. Am 29. d. M. sind beim Kollegen Hartig, Gilschinerstr. 61, IV, eine Besprechung bekannt gemacht, daß die Leipziger Kollegen sich zu streiken, daher müssen die reisenden Kollegen mitnehmen und jeder arbeitende Kollege, soviel es in seinen Kräften steht, peluniar die Streikenden unterstützen. Kollege Bogner fordert die Kollegen auf, sich reger an der Nachschube zu beteiligen. Kollege Friedmeier spricht noch den Wunsch aus, dem gehörten Vortrag des Herrn Jubel recht zu beherzigen, überall, wo sich nur die Gelegenheit bietet, für den Fachverein agitiert wird, damit eine stramme Organisation geschaffen werde. Alle inaktiven Kollegen müssen eines Besseren belehrt werden, sie müssen ihre schlechte Lage erkennen lernen, alle Saumlagerer müssen verschwinden. Nachdem der Fragekasten erledigt, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Sattler und Pelzgerber in Berlin und Umgegend tagte am Sonntag, den 10. d. M. in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Unsere Forderungen. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Das Bureau bildeten die Kollegen Bombien, Henzchen und Marquardt. Zu Beginn erklärte Kollege Henzchen, daß Beiträge zum Streifonds nur nach eingezahlten sind und empfiehlt, von den Legitimationsbescheinigungen, welche zu diesem Zweck seitens der Lohnkommission abgegeben werden, den weitgehendsten Gebrauch zu machen. Kollege Bombien, welcher das Referat übernommen hatte, begann mit einer Schilderung des heutigen Klassenkampfes, der Kampfes und dasjen, der speziell im Sattlergewerbe ein schwierigerer werde, und führte dann den Kollegen klar vor Augen, daß wir nur auf dem Wege längerer Arbeitszeit unsere Interessen wahren können. Außerdem erwähnte Redner noch die von ihm beschlossenen von vorletzter Versammlung: 21 M. Lohn, 15 pEt. Zuschlag für Akkordarbeiten und ständige Gehälter, festzuhalten und sich dem Verein bis auf den letzten Cent zu verpflichten. Es wurde demgemäß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, tagende öffentliche Sattlerversammlung erklärt sich für die Aufhebung des Referats einverstanden und vertritt sich, zunächst einer Organisation beizutreten.“ Ferner wurde der Beschluß der letzten Versammlung, am 1. April eine Lohnbewegung einzutreten, anrecht erhalten, wenn die Hälfte der Kollegen organisiert sind. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß unsere Forderungen, welche für die gesamte Menschheit von großem Nutzen sind, baldigst in Erfüllung gehen. Zu Verschiedenem erklärte Kollege Bombien noch auf die Forderungen, in welchen der Streifonds entgegen genommen werden, aufmerksamer und bezeichnet das „Berliner Volksblatt“ als die Berliner Arbeiterbibliothek als die beste Lesart. Es beteiligten sich noch an der Debatte die Kollegen Hamler, Decker, Wätner, Hausner, Schreiber, Wislitz, Jachisch und Kade, welche sich alle in demselben Sinne ausprägten. Nur durch eine kräftige Organisation, welche Ausflüge verbietet und geeignete Mittel beschafft, könne man mit Erfolg gegen Zustände, wie sie zur Zeit in unserer Branche herrschen, ankämpfen. Ferner wurden noch folgende Resolutionen angenommen: Die heutige, in Deigmüller's Salon tagende Versammlung der Sattler Berlins beschließt, in Zukunft nur solche Hute zu kaufen, welche mit der Arbeiterbewegung deutscher Hutmacher versehen sind, da dann jeder Arbeiter, der dem betreffenden Hersteller gerechter Lohn zu Theil werden ist. Ferner: Von Blumberger Bauern keine Kartoffeln, Getreide oder sonstige Produkte zu konsumieren, da sie bei der Reichs- und Provinzialwahl am 1. März unsere Genossen gewaltig angehen und gemißhandelt haben. Mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Mitglieder der Freien Vereinigung der Kartonnier hatten sich am Montag, den 10. März bei Volkmann, Waisenstr. 20, versammelt, um über die Frage: „Wie stellen wir uns zur Verkürzung der Arbeitszeit“, einen entscheidenden Beschluß zu fassen. Das Referat hatte Kollege Jost übernommen, wies derselbe hauptsächlich auf die verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen in der Kartonnierbranche hin, welche einen großen Teil der ganzen heutigen übermäßigen Reservearmee bildeten. Eine Reservearmee würde, weil der Hunger sie dazu zwingt, für jeden Preis zu arbeiten, die Lohnbedürfnisse ihrer eigenen Mitglieder. Auf dem Pariser Arbeiterkongress, wo bekanntlich fast alle glücklichen Länder der Erde vertreten gewesen wären, sei man sich überzeugung gelangt, daß dieser Mangelstand nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit beseitigt werden könne. So wäre auch die Pflicht der Kartonnier, die Verkürzung der Arbeitszeit zur unbedingten Nothwendigkeit zu machen. Es bliebe nur die Frage offen, ob es besser wäre in eine Acht- oder Neunstunden-Bewegung einzutreten. Er für seine Person empfehle die Neunstunden-Bewegung, weil der Unterschied von 10 zu 8 Stunden in den Verhältnissen entsprechend zu groß sei und er deshalb eine korrekte Durchführbarkeit des Achtstundentages in Zweifel ziehe. Die Diskussion war eine sehr reger und zeigte, welche hohen allgemeinen Interesse für diese Sache zu finden ist. Einige Kollegen sprachen für eine Neunstunden-Bewegung, andere für die Achtstundentagesbewegung, die meisten aber hielten sich dahin, daß nur eine Achtstunden-Bewegung als eigenlicher Zweck bei den Kartonnierarbeitern führen könne, als sogenannte Lohn-Akkordarbeiter würde es von den Arbeitgebern so gehoben werden, daß ein Minus von einer Stunde in den übrigen 9 Stunden trotz der jetzt schon anstrengenden Arbeit übertragen würde mit dem Ziel — Unterbringung der Arbeitslosen — nicht erreicht werden. Somit wurde denn auch beschlossen, die Achtstundentage einzutreten. Bezüglich dessen wurde dann bekannt gemacht, daß in ganz kurzer Zeit eine Versammlung einberufen werde, wo ein jeder Kartonnierfabrikant beiseite eingeladen würde, um so das Verhalten derselben zu diesem Beschluß zu erfahren und in dieser Versammlung zu erscheinen, müsse sich ein jeder Kartonnier zur allernächsten Pflicht machen. Unter Verschiedenem wurde der Blumberger Bauern gedankt und eine darauf folgende Resolution einstimmig angenommen. Ebenfalls kam eine Resolution, keine Hute ohne Arbeiter-Kontrollmarken zu kaufen und die Zigarengeschäfte von Martienzen zu meiden, einstimmig zur Annahme. In später Stunde schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Schneider Berlins, welche von ungefähr 1000 Personen besucht war, tagte am Dienstag, den 11. März im Lokal des Herrn Jost, Andreasstraße 21, um endlich darüber zu beschließen, ob in diesem Jahre in einen Streikfreiheit einzutreten werden soll oder nicht. Zur Leitung der Verhandlungen wurden die Herren Schulz, Peuse und Steinmar gewählt. Herr Steinmar hielt das einleitende Referat. Es fragte sich, ob ein allgemeiner Streik möglich und notwendig sei. Diese Frage müsse unbedingt bejaht werden. Andererseits habe man aber zu prüfen, ob man auch stark genug sei, den Kampf mit der Macht des Kapitals zu führen. In Berlin befänden sich vielleicht 20 000 Schneider und von diesen

würden kaum 2000 organisiert sein. Man müsse sich daher erst rüsten und erst wenn die erforderliche Rüstung vollendet sei, was bis zum nächsten Frühjahr geschehen könne, werde man im Stande sein, den Feldzug zu beginnen. (Beifall.) Herr Wisemann ist nicht ganz mit dem Referenten einverstanden; man werde den Schneidern Feindschaft vorwerfen, wenn sie keine Forderungen stellen würden. Herr Böglberger spricht sich im Sinne des Referenten aus. Man müsse zunächst Mittel schaffen. Wenn den Militärschneidern die nöthigen Mittel zur Verfügung gestanden hätten, würden sie andere Erfolge erzielt haben. Herr Kolloff ist der Meinung, daß ein allgemeiner Streik nicht durchführbar sein werde, wohl aber partielle Arbeits-einstellungen. Die Unsolidarität sei leider noch zu groß, selbst organisierte Kollegen wären beim Militärschneiderei-Streik zu Streikbrechern geworden. Konstatieren müsse er, daß dieser Streik nicht erfolglos geblieben sei, sondern zu einer Lohnerhöhung von 20 bis 25 pEt. geführt habe. — Ein Antrag, die Zeller-Versammlung der streikenden Militärschneidern und den streikenden Kollegen in Hannover und Dresden je zur Hälfte zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. — Herr Pfeiffer tadelt, daß die Versammlung zu spät und in einem entlegenen Lokal abgehalten werde. Jetzt befände man sich drei Wochen vor Ostern und es sei ein Generalstreik nicht mehr möglich, höchstens werde man noch mit einzelnen Geschäften abrechnen können. Durch den Ausgang des Militärschneiderei-Streiks möge man sich nicht beirren lassen. Eine Brandenburgerin sei notwendig und deshalb würden sich die Konfektionschneider schon in der nächsten Zeit organisieren. — Herr Schulz erklärt, daß es nicht möglich gewesen sei, ein anderes Lokal zu erhalten; die Versammlung der Versammlung sei den stattgefundenen Stichwahlen zuzuschreiben. — Herr Lätzerow schildert die überaus traurige Lage der Kollegen und die vorherrschende lange Arbeitszeit im Gewerbe. Eine endgültige Besserung sei freilich nur durch die Aenderung der kapitalistischen Produktionsweise zu bewirken, aber auch schon heute könne Vieles erreicht werden bei einer richtigen Taktik. Man habe sich in der letzten Zeit so sehr über die Form der Organisation gestritten und es sei von verschiedenen Seiten das Bedürfnis für eine große Vereinigung über ganz Deutschland geltend gemacht, im Prinzip sei auch diese Organisation die bessere, praktischere gestalten sich aber lokale Vereinigungen, wenigstens an gewissen Orten. Mit dieser Ansicht sei er leider aus dem vorigen Kongresse nicht durchgedrungen. Die Kollegen müssen überall aufgerüttelt werden und das geschehe am besten durch eine Brandenburgerin. Wenn alle aufgerüttelt und herangezogen werden, könne man auch für das Wohl der Gesamtheit etwas von Bedeutung schaffen. — Herr Jeschonnek: Wir müssen mit den vorhandenen Verhältnissen rechnen, selbst partielle Streiks würden kaum durchführbar sein, übrigens könnten dieselben leicht zu einem allgemeinen Streik führen und so würde das Eintreten, was man vermeiden wolle. Man möge gegenwärtig durch Vorstellungen bei den Arbeitgebern etwas zu erreichen suchen. Die Lohnbewegung sei im Hinblick auf die umfangreiche Hausarbeit ungeheuer schwer, selbst die Arbeiter ein und desselben Geschäfts hätten nicht einmal Zahlung mit einander. Es müsse Bedacht darauf genommen werden, daß man nicht unüberlegt in einen Streik eintrete, dessen Konsequenzen hernach die Gesamtheit tragen habe. Gerade die geistig leistungsfähigen Kollegen müssen jeden Nachtheil fern zu halten suchen. Erst gelte es Kühlung zu verbreiten und zu organisieren. Wie die Sache jetzt liege, sei es besser den Lohnkampf nicht aufzunehmen, sondern bis zum nächsten Frühjahr zu warten, da dann die Kollegen ganz Deutschlands hinter den Berliner Kollegen stehen würden. Jetzt streikten die Kollegen in Hannover und Dresden und auch der Militärschneiderei-Streik sei noch nicht beendet. Mit diesen Streiks habe man zur Zeit vollaus zu thun. — In der ferneren Diskussion beteiligten sich noch die Herren Schulz, Wisemann, Jovin, Pohl, Pfeiffer, Lätzerow, Böglberger und Jirbel. Von Herrn Lätzerow wurde folgende Resolution eingebracht:

Die heutige öffentliche Schneiderversammlung spricht die Ansicht aus, daß eine Lohnbesserung, Nacharbeit etc. nach Verhältnisverhältnisse bezüglich Arbeitszeit, Nacharbeit etc. nachwendig geworden ist und erkennt in der Lohnbewegung unter der heutigen kapitalistischen Produktionsweise das einzige Ausgleichsmittel zwischen Kapital und Arbeit. In Erwägung dieses bestimmt die heutige Versammlung, daß an Stelle der jetzigen mitunter planlosen Einberufung der Schneider-Versammlungen eine geregelte Brandenburgerin trete durch eine Lohnkommission, welche den jetzigen und später obwaltenden Verhältnissen entspricht. Wenn auch ein allgemeiner Streik in allen Branchen durch persönlichen Hader zur Unmöglichkeit geworden ist, so wird eventuell durch allgemeines partielles Vorgehen der nöthige Erfolg nicht ausbleiben.

Diese Resolution wurde schließlich mit großer Majorität abgelehnt. Ferner war folgender Antrag eingebracht: Stellen den Antrag, für diese Saison den Streik fallen zu lassen, aber mit allen Mitteln dahin zu streben, daß wir im nächsten Jahre denselben aufnehmen können und ferner dafür zu wirken, daß derselbe dann auch mit genügender Kraft durchgeführt werden kann. Dieser Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen. Zum Schluß wurde noch der Boykottaufruf über Blumberger zugestimmt.

Eine öffentliche Versammlung der Läufer Berlins und Umgegend tagte am 8. d. M. im Königsstadt-Kasino, Holymarktstr. 72. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Eingangs-Kommission. 2. Vortrag des Herrn Redner. 3. Diskussion. Die Kommission war der Ansicht, daß nur allein die Frage, für oder gegen Zentralisation, eine Spaltung herbeiführen konnte. Der Referent sprach in zweistündigem Vortrag über Lokal- sowie Zentralorganisation. Es ergab sich aus allen seinen Ausführungen, daß nur durch Zentralorganisation etwas Positives zu erreichen sei. Redner erbat für seine äußerst trefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion sprachen sich Kollege Rautenhaus für, und Kollege Schüller gegen Zentralorganisation aus. Referent führte an, daß es in der Lokalorganisation eher möglich sei, politische Thematika zu erörtern, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Dieses wurde von Referenten dahin richtig gestellt, daß dies jede andere Organisation gleichfalls könne, soweit es die Vereinsgesetze erlauben. Daraus machte der Referent Kollege Schüller darauf aufmerksam, daß, wenn jemand eine Behauptung aufstellt, wie letzterer es that, er dieselbe auch beweisen muß, widrigenfalls er lieber schweigen soll. Nach dieser lebhaften Diskussion erfolgte die Abstimmung; es ergab sich, daß 49 für und 20 gegen die Zentralorganisation stimmten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, diesen Beschluß auch fest zu halten und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Der Fachverein der Metallschrauben- und Sagenmacher und Berufsgenossen Berlins hielt am Sonntag, den 8. März in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a, eine Generalversammlung mit nachfolgender Tagesordnung ab: 1. Bericht der Frachtkommission. 2. Regelung des Arbeitsnachweises. 3. Bericht über den Lückenwalder Streik. 4. Stellungnahme zur Gründung eines Streifonds. 5. Verschiedenes. Namens der Frachtkommission erstattete Kollege Thate Bericht über den Stand der Lohnverhältnisse; hierbei wurde das Gebahren derjenigen Kollegen, welche sich entgegen den Beschlüssen des Vereins weigern, ihre Lohnzettel betreffs Kontrolle abzuliefern, einer scharfen Kritik unterzogen. In Betreff des Arbeitsnachweises wurde der Beschluß gefaßt, das Anfragen in den einzelnen Werkstätten nach Arbeit zu unterlassen, und nur noch durch Vermittelung des Arbeitsnachweises in Arbeit zu treten. Es wurde den Kollegen noch besonders empfohlen, diesen Beschluß hochzuhalten. Der Streik bei der Firma Reubaus n. Co. in Lückenwalde wurde für beendet erklärt, jedoch über die betreffende Firma die Sperrung

hängt. Bei der Debatte über den Lückenwalder Streik wurde das Verhalten der Schraubendreher Pressler und Häfeler, welche als Streikbrecher nach Lückenwalde gemacht sind, in genügender Weise an den Pranger gestellt. Ein Antrag, diejenigen Werkstätten, welche sich im Streik befinden, in jeder Versammlung namhaft zu machen, wurde einstimmig angenommen; desgleichen der Antrag, allmonatlich im „Berliner Volksblatt“ durch Annoncen diejenigen Firmen namhaft zu machen, aber welche die Sperrung verhängt ist. Desgleichen wurde einstimmig beschlossen, zur Gründung eines Streifonds wöchentlich eine Extrabeitrag von 20 Pf. zu erheben. Zum Schluß wurden den streikenden Knopfabrikanten 30 M. bewilligt.

Der „Arbeiter-Bildungsverein Berlin“ hielt am 24. Februar in Lehmann's Salon eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Ausschluß eines Mitgliedes; 3. Allgemeines und Fragekasten. Auf einen Geschäftsordnungs-Antrag wurde der zweite Punkt als erster verhandelt, und zwar deshalb, weil das betreffende Mitglied seinen Austritt brieflich angekündigt hatte. Um nun alle persönlichen Bemerkungen zu vermeiden, wurde auf Antrag des Herrn Schmidt zur Tagesordnung übergegangen. Abdann erhielt Herr Dr. Böhme zu seinem lehrreichen Vortrag über Gehirn und Seele das Wort. — Im „Allgemeinen“ wurde hauptsächlich auf die Arbeiter-Bibliothek aufmerksam gemacht, dieselbe wird an Mitglieder unentgeltlich verteilt. Es soll ferner im Namen des Vereins Sorge getragen werden, daß Wander-Versammlungen in Berlin veranstaltet werden. Mit einem Hoch auf den glänzenden Sieg bei den Wahlen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Ladivier aller Branchen Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 10. März, in Wollschläger's Salon, Blumenstr. 78, seine Mitglieder-Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Vorlesung aus dem „Achtstundentag“. 2. Wahl der Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Verschiedenes. Nach der mit großem Interesse aufgenommenen Vorlesung, erbat die Vorsitzende die Kollegen, recht zahlreich auf die Zeitschrift „Der Achtstundentag“ zu abonnieren. Daraus erfolgte die Nennwahl von 8 Mitgliedern der Arbeitsnachweis-Kommission. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Verein Berliner Schmirthe Beschäftigte hielt in seiner letzten Sitzung mit dem Antrag bezug. Vorschläge des Herrn Theodor Müller, allgemein die Zahlung eines festen Mindestlohnes an die Kellner einzuführen, und zwar zwei Mark an Wochentagen, drei Mark an Sonntagen. Ueber die vom deutschen Kellnerbunde anberaumte Versammlung von Vorständen gastwirthschaftlicher Vereine, in welcher Herr Müller für die Durchführung gedachten Beschlusses seitens seines Vereins vom 1. April ab eintrat, haben wir kurz und objektiv berichtet. Wir berichten nun auch diesmal kurz dahin, daß in der Vereinsversammlung von allen Rednern Herr Th. Müller allein für den Antrag sprach; die übrigen waren sämmtlich gegen die allgemeine Einführung des Kellnerlohnes, es müsse dies jedem überlassen bleiben. Die Beschlussfassung wurde vertagt.

Fachverein sämmtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter. Am 6. d. M. fand bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, eine gut besuchte öffentliche Versammlung sämmtlicher an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Was ist vorzuziehen für uns: Zentralorganisation oder Lokalorganisation? 2. Referent: Herr Frh. Jubel. 3. Diskussion und Verschiedenes. Das Bureau bildeten die Kollegen Wolf als ersten, Brümml als zweiten Vorsitzenden und Lorenz als Schriftführer.

In längerer Rede beleuchtete der Referent die Vortheile einer Zentralorganisation, indem er meinte, daß eine Lokalorganisation nur in großen Städten möglich sei. Ein Fachverein, der nicht mindestens 600 bis 1000 Mitglieder zähle, kann seinen Mitgliedern kaum etwas anderes als Nachschub und dergl. gewähren. Referent plaidierte entschieden für Zentralisation. Redner gab schließlich dem Wunsche Ausdruck, daß alle Holzarbeiter, ganz gleich ob Tischler, Bildhauer, Wärtcher oder Drechsler und so weiter einen einzigen großen Verband bilden möchten, daß dann viel mehr zu erreichen sei und dem Strebertum und Personenkultus, wie er leider heute noch in den Lokalverbänden getrieben wird, ein Ende gemacht würde. Richter Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Koch, Gumbel, Kobold und Pries, welche sich fast sämmtlich im gleichen Sinne aussprachen. Herr Dittrich aus Hamburg machte bekannt, daß demnächst ein Kongress einberufen werde, welcher sich mit der Frage der Zentralisation beschäftigen wird. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde eine Kommission von sieben Mann, aus den Kollegen Wolf, Bucholz, Steinborn, Maas, Kobold und Eckert zur Vorbereitung der Zentralisation gewählt. Ein Antrag des Kollegen Kobold: den ausständigen Kollegen in Minden unsere Sympathie auszudrücken und sie moralisch und materiell zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag des Kollegen Pries: Nur diejenigen Barbiers zu berücksichtigen, welche das „Berliner Volksblatt“ und die „Berliner Volks-Tribüne“ halten. Auch folgende Resolution von H. Schmidt fand einstimmige Annahme: In Erwägung, daß unsere Genossen am Tage der Stichwahl in Blumberg auf unmenschliche Art mißhandelt worden sind, beantrage ich, die Versammlung anzusprechen, von den Blumberger Verkäufern nichts zu kaufen.

Zu dieser Resolution ergriß noch einmal Herr Jubel das Wort und geißelte in scharfen Worten das brutale Verhalten der Blumberger Einwohner. Er forderte die Versammlung auf, streng im Sinne dieses Antrages zu handeln. Da weiter nichts vorlag, so schloß der Vorsitzende um 11 1/2 Uhr die Versammlung. Die nächste Vereinsversammlung findet Montag, den 10. d. M., Schwedterstraße 24 statt.

Der Verein der Klempner Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 10. März, in Spandau im „Roten Adler“, Potsdamerstr. 33, eine große Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag über Gewerkschaftsorganisation. Referent: P. Selchow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. 4. Aufnahme von Mitgliedern. Durch den großen Beifall, den die Versammlung dem Referenten für seinen einständigen Vortrag zollte, zeigten die Spandauer Kollegen wie sehr sie für unsere Organisation eingenommen sind. In der Diskussion sprachen die Kollegen Weder, Schmidt, Drivohl, v. Dory und Prassen im gleichen Sinne. Daraus wurden die beiden Spandauer Kollegen Weder und Fuhrmann zu Hilfsassistenten für Spandau gewählt. Kollege Gigerl fordert die Kollegen auf, in den Lokalen, wo sie verkehren, dafür zu sorgen, daß das „Berliner Volksblatt“ und die „Volks-Tribüne“ ausliegen, widrigenfalls sie solche Lokale meiden sollen, wenn der Wirth die Arbeiterblätter nicht anschaffen will. Kollege Drivohl fordert noch die Kollegen auf, auf die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ zu abonnieren, sie kostet vierteljährlich 60 Pf. und kann per Streikband von unserem Vorstand bezogen werden. Es wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im Roten Adler zu Spandau tagende öffentliche Versammlung des Vereins der Klempner Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und verpflichten sich sämmtliche diese Spandauer Kollegen, sich dem Verein voll und ganz anzuschließen um zu zeigen, daß sie ohne Furcht sich als freie Arbeiter offen und ehrlich zeigen können; gleichzeitig beschließen die heutige Versammlung mit aller Energie dafür zu sorgen, daß der 1. Mai als Feiertag proklamirt wird. Daraus schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung die imposante Versammlung.

Von den Spandauer Mauern wird uns berichtet: Gestern Vormittag fand im alten Saale des Hotels „Möller Adler“ eine Maurerverammlung statt. Nach Eröffnung derselben durch den Einberufer wurde ein aus drei Mitgliedern bestehendes

des Bureau gewählt und dann nahm der Referent, Herr Fiedler aus Berlin, das Wort, um in längerer Ausführungen sich über die Lage der Maurer Deutschlands zu verbreiten. Er führte besonders vor Augen, wie bedeutende Erfolge die Genossen in den großen Städten durch die Festigkeit ihrer Organisation erreicht hätten. In diesem Jahre sei nicht zu erwarten, daß es in Berlin zu einem großen Streik kommen werde; denn die Meister und Unternehmer, welche durch einen Ausstand ebenso sehr, und vielleicht noch mehr geschädigt würden, als die Arbeiter, würden wohl freiwillig die Forderungen der Gesellen bewilligen. Der Referent rief auch den hiesigen Maurern, zusammenzuhalten und sich fest zu organisieren; dann würden auch sie ihre Forderungen durchsetzen können. Trotz der sehr günstigen Konjunktur wäre hier im vorigen Sommer doch nicht einmal der zehntägige Arbeitstagen eingehalten worden; vielfach wäre sogar, besonders von jugendlichen Maurern, noch Arbeit auf Mord verrichtet worden. Beides müßte unter allen Umständen abgelehnt werden. Der Referent war der Ansicht, daß in Spandau dieselben Arbeitsbedingungen gelten müßten, wie in Berlin, da die Lebensbedürfnisse hier nicht billiger wären, als in der Hauptstadt. Er sprach die Erwartung aus, daß nunmehr auch die Spandauer Maurer energisch in die Bewegung eintreten würden. Der Aufforderung, dem Verein beizutreten und auf das Organ des Gewerks zu abonnieren, leisteten viele der Anwesenden Folge.

**Öffentliche Versammlung der Unternehmer, Zwischenunternehmer (auch westliche) und selbstständigen Arbeiter der Schiffsbranche am Donnerstag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, bei Meier, Alte Jakobstr. 22. Tagesordnung: Stellung zur Lohnfrage der Arbeiter der Branche. Diskussion.**  
**Große öffentliche Versammlung sämtlicher Berliner Tisch- und Koffermacher am Freitag, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75.**  
**Kess- und Dampfkessel „Internationale“. Die Sitzung findet am Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, kleine Andreasstr. 19, statt.**  
**Sozialdemokratischer Arbeiterverein im 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Große Versammlung am Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, in Jost's Salon, Andreasstr. 21.**  
**Öffentliche Versammlung der Lederfärber und Gerbersgenossen am Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im oberen Saale der Adlerbrauerei, Badstr. 67.**  
**Die nächste Versammlung der Arbeiterinnen-Vereine sämtlicher Berufsvereine Berlins und Umgegend findet für Montag am 19. März statt.**  
**Fachverein der Tischler. Dienstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, in Jost's Salon (früher Keller), Andreasstr. 21, große außerordentliche Generalversammlung.**  
**Große öffentliche Generalversammlung sämtlicher Zimmerleute Berlins und Umgegend am Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im größten Saale Berlins in der Brauerei Friederichshain (Eisp) am Königsthor.**

**Große öffentliche Versammlung der in der Mäntel- und Herrenkonfektion, sowie in der Tricotagenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Süd-Ost“.**  
**Öffentliche Versammlung der Köpfer Charlottenburgs und Umgebung am Donnerstag, den 12. März, Abends 8 Uhr, in der Sandbühnenbrauerei.**

## Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

**London, 12. März.** Bisher ist zwischen den Grubenbesitzern und Arbeitern kein Einvernehmen bezüglich der Lohnhöhung erzielt worden. Die meisten von den Arbeitern gestellten Forderungen laufen am Sonnabend ab. Der eventuelle Ausstand dürfte 800 000 Arbeiter umfassen.

**Cardiff, 11. März.** Nach weiteren Meldungen soll die eingestürzte Kohlengrube „Morpha“ in Brand geraten sein, so daß die Versätketen in großer Gefahr schweben.

**Cardiff, 12. März.** Die Zahl der durch die Explosion auf der Grube „Morpha“ Getödteten beträgt wie nunmehr festgestellt 88.

## Briefkasten der Redaktion.

**A. D. Langestraße 41.** Das ist bereits zu spät.  
**O. H. Friedrichshagen.** Wenden Sie sich brieflich an die Matrosendivision zu Kiel oder Wilhelmshaven, dort erhalten Sie Auskunft.

**Fr. P. Erista.** Wir bedauern, Ihren Wunsch nicht erfüllen zu können.

**H. P. 23.** Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium.

**J. J.-I., Wiernerstr. 62.** Sie müssen uns, bevor wir Ihre Einwendung veröffentlichen können, die Namen der betreffenden Personen nennen, damit wir mit denselben Rücksprache nehmen können.

**J. S. 277.** 1. Ja, sobald die erste Ehe gerichtlich oder durch den Tod der Frau getrennt ist. 2. Ja, soweit dies nicht aus anderen Gründen, z. B. wegen Ehebruchs strafbar ist. 3. Die Begräbniskosten für sein uneheliches Kind ist der Vater zu tragen nicht verpflichtet.

**H. P.** Erheben Sie gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch und schicken Sie schleunigst an den Dr. K. die 1,50 Mark, welche Sie ihm Ihrer eigenen Angabe nach schulden.

**O. G. 23.** Wenn die Flugblätter nicht verboten werden, so haben Sie sich, soweit aus Ihren Angaben ersichtlich, nicht strafbar gemacht und brauchen keine weiteren Folgen zu befürchten.

**H. G.** Der Mieter kann das in der Wohnung seines Vermieters befindliche Möbel benutzen.

**E. W. 100.** Uns ist das bayerische Recht nicht genügend bekannt. Wenden Sie sich an einen dortigen Juristen.

**P. G. 16.** 1. Sie können wegen Ehebruchs auf Antrag Ihrer Ehefrau bestraft werden. 2. Voraussichtlich wird kein Straf für den überwiegend schuldigen erkannt, und werden die gerechlichen Kosten geteilt werden.

**J. H. 62.** Kein Dienstmädchen kann zu Beiträgen für den Gesunden-Beholdungsfond gezwungen, noch kann von ihm die Belegung dieses bezüglicher Quittungen verlangt werden.

**G. A. 100.** Nicht Sie, aber Ihre Tochter hat ein Minderjährigkeitsrecht auf den Nachlaß der Mutter Ihres verstorbenen Mannes. Wenn dieses Pflichtteilsrecht durch Testament der Erblasserin verlegt ist, so muß das Testament angefochten werden. Zu näherer mündlicher Auskunft sind wir bereit.

**H. S. 35.** Sie hätten die vom ausziehenden Mieter zurückgelassenen Möbel auf dessen Kosten zum Spediteur bringen sollen. Haben Sie die Möbel ruhig stehen lassen, dann hat der Mieter zur Wegschaffung aufzufordern, so können Sie keine Schadigung verlangen.

**A. P.** Wenn Sie nicht eine Entscheidung des Vormundschaftsrichters bewirken, wonach das Kind nicht in die Hände der Vaters gegeben werden darf, so können Sie Mimente für das Kind nicht mehr verlangen. Vom vollendeten 4. Lebensjahre des Kindes an hat der uneheliche Vater das Recht, dasselbe zu nehmen, widrigenfalls seine Pflicht zur Alimentierung aufhört.

**A. G.** Nicht, daß jemand in Berlin mehrere Wohnungen hat, ist strafbar, wohl aber, daß er in einer derselben nicht zeitlich gemeldet ist.

**J. 100.** Sie müssen, wenn Sachen von Ihnen wegen stehender Krankheit zwangsweise beschlagnahmt worden, die Kosten der Desinfektion tragen.

**A. St.** Ihre Anfrage, ob ein Offenbarungseid verfallt, ist nicht recht verständlich. Wer den Eid einmal geleistet hat, kann zur nochmaligen Leistung nur gezwungen werden, wenn gläubiger gemacht wird, daß er seitdem Verdingen erworben hat. Die Kosten ein Offenbarungstermin verursacht, hängt von der beizutreibenden Forderung ab.

Unserem Freunde und Genossen, dem Vorsitzenden der F. V. d. R.,

**Albert Wilde,**

zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dankendes Hoch! Im Namen sämtlicher Mitglieder der F. V. d. R.: A. P.

Vom Schlage getroffen starb nach zweitägigen, schweren Leiden unser Vater, Groß- und Schwiegervater, der früher Duppinstr. 5 wohnte Carl Lorenz,

im 65. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d., Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Ewinenänderstraße 192, nach dem Elisabethkirchhof, Prinzenallee, statt.

Um stilles Beileid bitten  
Die Hinterbliebenen.

**Berein der Bauansträger Berlins.**

Am Montag, den 10. d., starb nach längerer Krankheit unser Vereinskollege Herr C. Greth. Die Beerdigung findet Donnerstag Nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Adersstraße Nr. 193, nach dem Elisabethkirchhof, Prinzenallee, statt.

Um rege Beteiligung bitten  
Der Vorstand.

**Fachverein d. Tapezierer Berl. u. Umgegend.**

Am 9. März, Abds. 6 Uhr, verstarb unser Kollege u. Mitglied, der Tapezierer

**Heinr. Hagenschneider,**

an der Lungenentzündung. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. ds., Nachm. 4 Uhr, vom städtischen Krankenhaus nach dem Neuen Jakobikirchhof in Weich statt.

Um recht zahlr. Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Dankagung.**

Für die herzlichen Beweise der Teilnahme und die reichen Blumenpenden, die mir bei der Beerdigung meines mir unergieblichen Mannes, d. Maschinenbauers Robert Fiedler, zu Teil wurden, sage ich allen Freunden, Verwandten u. Bekannten, besonders seinen lieben Kollegen und den Herren Vorstehern der Maschinenfabrik von Eugen Diez und der Fabrik von Carpenter u. Schulze meinen herzlichsten Dank.

Die tiefgebeugte Wittwe  
A. Liebster nebst Kindern.

## Achtung! Schuhmacher Berlins!

Der Lohnkampf steht uns nahe bevor, und wie Ihr alle wissen werdet, kostet ein Lohnkampf sehr viel Geld; Ihr werdet insofern dessen an eure Pflicht genahmt, damit Ihr eure freiwilligen Beiträge erhöht und recht rege beisteht. Es werden in folgenden Zahlstellen alle Dienstag Abend von 8 1/2 bis 10 Uhr Beiträge entgegengenommen:

1. In Moabit Berlinstr. 24 bei Wief.
2. Invaliden- u. Adersstraßen-Gasse bei Schayer.
3. Kolbergstr. 23 bei Ringe im Schuhmacher-Keller.
4. Neustädtische Kirchstr. 11 bei Beder.
5. Neue Schönhauserstr. 2.
6. Anklamerstr. 49 bei Nürnberg.
7. Stralauerstr. 22.
8. Kaiserstr. 4 bei Hoffmann.
9. Weinstr. 22 bei Haugl.
10. Grüner Weg 81, Hof part. I bei Grünberg.
11. Bülowstr. 42 bei Meier.
12. Wichmannstr. 15 bei Krieg.
13. Kronenstr. 19 bei Kronz.
14. Alte Leipzigerstr. 1.
15. Zimmerstr. 22 bei Krüger.
16. Dranienstr. 197 bei Klingner.
17. Dresdenerstr. 116 bei Wendt.
18. Seddelerstr. 16 bei Seibel.
19. Paruthstr. 5 bei Hasel.
20. Admiralsstr. 40a bei Schulz.
21. Breslauerstr. 27 bei Tempel.

1903 Die Lohnkommission.

## Achtung Vergolder! Die Sperre über die Firma Methlow & Comp.,

**Goldleisten-Fabrik,**  
Köpenickerstraße 109a, besteht fort. Da unsere Forderungen noch nicht bewilligt sind, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, diese Werkstatt zu meiden. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß die besseren Kräfte von dieser Fabrik fern gehalten werden.

Die Streikkommission d. Vergolder.

## Zingießer u. Stürzer.

Sonntag, den 16. März, Vormittags 9 Uhr, in Stehmann's Bier-Haus, Melchior-Strasse Nr. 15: Gemüthliches Beisammensein.

**Fachver. d. Bürsten- u. Pinselmacher Berlins u. Umgegend**  
Sonntag, den 16. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, in Feuerstein's Tunnel, Alte Jakobstr. Nr. 75:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Bölsche über Darwinismus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes, Vergnügungsantrag und Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

## Centralverein deutscher Böttcher.

Sonntag, den 16. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Heise, Lichtenbergerstr. 21: **Versammlung.**

Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Der 1. Bevollmächtigte.

## Versammlung der Freien Vereinigung der Lohgerber u. Lederjuräter

am Sonntag, den 16. März, Vorm. 10 1/2 Uhr, Weinstraße 11 bei Feindt, früher Robert.

L. D.: 1. Vortrag des Hrn. Schweitzer über Bedeutung der Achtstunden-Bewegung. 2. Geschäftliches.

Der Vorstand.

## Reinickendorf. Der Arbeiter-Männer-Gesang-Berein „Weiße Rose“

veranstaltet am **Sonabend, 16. März,** im Restaurant „Eeschlöschchen“, Marktstraße 1-2, ein

## Familien-Kränzchen.

Genossen, sowie Sangesbrüder werden hierdurch eingeladen.

Der Vorstand.

Bebel, Liebknecht, Singer-Köpto, als Cig.-Spitze, echt Reersch, à 1,50 M. **B. Günzel,** Brunnenstraße 157, am Rosentk. Thor.

**Kinderwagen.** Das gr. Lager Berlins. **Andreasstr. 23.**

**Gr. Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinigung der Seifensieder und Berggenossen Berlins u. Umgegend**  
am Sonntag, den 16. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Scheffer's Saal, Inselstr. 10.

Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Vorstandes und der Revisoren. 2. Statuten-Ausgabe, Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Wie verhalten sich die Arbeiter gegenüber den Fabrikanten wegen Verkürzung der Arbeitszeit? 4. Verschiedenes. Die Versammlung beginnt präzis 11 Uhr. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

## Grosse öffentliche Metallarbeiter-Versammlung Berlins und Umgegend

heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Saale des Böhmisches Brauhauses, Landsberger Allee No. 11—12

Tages-Ordnung:  
1. Wie verhalten sich die Metallarbeiter zur diesjährigen Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Der Streik der Firma Friedrich Siemens u. Co., Burgstraße 24. 4. Verschiedenes.

Der Einberufer.

## Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse des Köpfer Berlins u. Umgegend

am Montag, den 17. März, präc. 7 1/2 Uhr, Münzstrasse 11.

Tages-Ordnung: 1. Geregeln die Bestrebungen des Vereins des Köpfer über der Gesamtheit zum Nutzen? 2. Neuwahl der Arbeitsvermittler. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Mitglieder werden an ihre Pflicht erinnert.

Der Vorstand.

## Hausabriß Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise. **Fabrik. Emil Heyn,** Brunnenstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

## ADALBERT VOGT & CO. BERLIN FRIEDRICHSBURG

Schöne Wohnungen mit Wasserleitung und Möbel: Stube und Küche 60—80 Stuben u. Küche 70—80 Thlr. 1. April Nixdorf, Prinz Handwerkerstraße 60, nahe der Vereinsbrauerei.

## Arbeitsmarkt. Gelbgießer.

der mit dem Schmelzen von Messing spähnen genau Bescheid weiß, gewohnt Offerten unter K. U. 871 an H. W. Berlin S., Prinzenstr. 41.

**Freischnitzerei** verlangt Werkmeister, Schmiedstr. 8a.

**Einbalkier** auf Goldleisten verlangt Eisenbahnstr. 11.

**Geldschrank** werden verkauft 1908 **Neue Schönhauserstr. 14.**

**E. Kraft** Wursche, d. chw. v. d. Tischlerverf. versteht, w. verl. Solmsstr. 39, W. B. Rosenhallerstr. 42.



**Hamburg - Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft**  
Express-Postdampfschiffahrt  
**Hamburg-New York**  
Southampton anlaufend  
**Oceanfahrt ca. 7 Tage.**  
Außerdem regelmässige Postdampfer-Verbindung zwischen  
Hävre - New York. Hamburg - Westindien.  
Stettin - New York. Hamburg - Havana.  
Hamburg - Baltimore. Hamburg - Mexico.  
Nähere Auskunft ertheilt: **Wilh. Mahler,** Berlin N., Invalidenstrasse 121, und **August Langer,** Berlin, Platz vor dem Neuen Thor 3.

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte „Helin-Put-Pomade“ ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helinen und anderer Firma weisen man als werthlose Nachahmung zurück.

**Masken-Garderobe** von **F. Stenzel,** Dresdenerstraße 118 (früher Nr. 21), empfiehlt sich 516 den Vereinen, sowie Lesern des „Veil. Volksbl.“ Reichste Audio, bill. Preis.

**Roh-Tabak** sämtlicher Sorten. Größte Auswahl, billigste Preise. **G. Elkhuyzen,** Münzstrasse 10.

Schlafst. f. 2 Herren (Sep.) zu verm. b. Wollort, Waldemarstr. 64a.